

## **Editorial**

### **Aktuelles**

SprecherInnenrat der ökologischen Plattform bei der PDS zur angekündigten Wiederaufnahme der Castor-Transporte zwischen Deutschland und Frankreich.

BSE und neue Agrarpolitik - Diskussionspapier von Wolfgang Jahn / Sabine Voigt / Uwe Witt

### **Plattformneuigkeiten**

Positionspapier der Ökologischen Plattform zur Programmdiskussion

Zur Programmdebatte.  
von Marco Ferst

### **Kurzmeldungen**

Nationalpark Wattenmeer Ergebnisse der Ökosystemforschung vorgelegt.  
Von Christian Schwarzenholz

„Für einen erfolgreichen Erdgipfel im Jahr 2002“ - Einladung zur Begegnung.

BUND Waldzustand in Deutschland und Europa weiter verschlechtert.

BUND: EU - Grünbuch ist nicht grün - EU Kommissarin setzt auf Atomenergie.

Naturschutz und Landschaftspflege als Quelle gemeinnütziger Arbeit. Von Dr. Horst Kittner

Ökologischer Umbau kaum im Bundeshaushalt 2001 zu finden! Von Eva Bulling-Schröter

Alleebäume und sonstiges Strassenbegleitgrün schützen und gestalten - Positionspapier der AG Umwelt der PDS Brandenburg

### **Ökologiebewegung**

„Steigbügelhalterin der Atomindustrie“ - Anti-AKW-Gruppen brechen mit den Grünen.  
von Uwe Witt

Tolstefanz: Fragen und Antworten zum Atomkonsens - Eine Dokumentation

### **Theorie**

Dieter Klein: Weichenstellung für einen sozial-ökologischen Umbau

Fred Engels: Es bleiben viele Fragen offen - Anmerkungen zu „Weichenstellung für einen sozialökologischen Umbau

### **Satzung/Impressum/ Termine/ Kontakte**

## **Editorial**

Liebe Freundinnen und Freunde, der gescheiterte Klimagipfel, die BSE-Krise, der Streit um die Castor-Transporte zeigte es wieder einmal, trotz Rot-Grüner Regierung sind wir weit entfernt vom sozial-ökologischen Umbau der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Es zeigt sich immer deutlicher wie schwer es ist die nötigen Schritte für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen durchzusetzen und in den herrschenden Verhältnissen ökologische Politik zu verwirklichen. Dies ist aber kein Grund zur Resignation im Gegenteil. Das neue Jahr beginnt für die Ökologische Plattform mit einer Tarantel in einem neuen inhaltlichen Gewand. Wir werden uns stärker an der praktischen Politik orientieren - dranbleiben an den aktuellen Debatten ist angesagt. In der Rubrik Kurzmeldungen werden neben

Anderem auch Stellungnahmen und Pressemitteilungen von Umweltverbänden dokumentiert, um Informationen für unsere eigene Arbeit zu bekommen und plattformweit zu verbreiten. Inhaltlicher Schwerpunkt ist in diesem Heft ist zweierlei. Einerseits stellen wir Standpunkte zum sogenannten Atomkonsens da. So beleuchtet Uwe Witt das Verhältnis Antiatombewegung zu den Bündnisgrünen. In den Fragen und Antworten zum Atomkonsens dokumentieren wir ein sehr interessantes Material der Initiative Tolstefanz in gekürzter Form. Wer sich für die komplette Version interessiert - Adresse ist beim Text angegeben. Andererseits haben wir im Theorieschwerpunkt die Diskussion über die Reformalternativen zur Programmdiskussion der PDS aufgegriffen. Dazu sind einige Ansätze und Kritiken in den Beiträgen von Dieter Klein und Fred Engels zu lesen. Wir eröffnen damit eine hoffentlich angeregte Diskussion über die Reformkonzepte der PDS.

Den Einstieg in diese Tarantel liefert aber das auf dem letzten Koordinierungsrat der ökologischen Plattform bei der PDS beschlossene Positionspapier, in dem unsere Thesen zur Programmdebatte zusammengefaßt sind.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen, Anregungen, Kritiken aber vor allem überschwengliches Lob sind sehr erwünscht. Mit freundlichen Grüßen der SprecherInnenrat

### **Der SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS zur Wiederaufnahme der Castor-Transporte:**

Die Einigung auf dem deutsch-französischen Gipfel im Elsass vom 31.1.01 soll offensichtlich als Türöffner für eine neue Serie von Atommüll-Transporten sowohl zwischen Deutschland und Frankreich als auch innerhalb Deutschlands funktionieren. Mit einer internationalen Vereinbarung im Rücken glaubt die rot-grüne Koalition scheinbar, bei der erneuten Aufnahme der Transporte mit der Anti-Atom-Bewegung leichteres Spiel zu haben. Schließlich seien die Transporte jetzt aus "moralischen und völkerrechtlichen Gründen unvermeidlich", wie Claudia Roth, designierte Parteivorsitzende der Grünen, erklärte, womit sie die zu erwartenden Proteste von vorn herein delegitimieren möchte.

Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Wenige Wochen nach ihrem Konsens mit der Atomwirtschaft darüber, daß Deutschland noch Jahrzehnte der Gefahr einer atomaren Katastrophe ausgesetzt bleiben soll, kann die Regierung den ungelösten Problemen nicht mehr ausweichen. Der Widerstand formiert sich erneut und möglicherweise machtvoller als vordem. In ihm manifestiert sich die Forderung der Mehrheit des Volkes, mit der ständigen Bedrohung von Leben und Gesundheit der Menschen und der Natur endlich Schluß zu machen.

Wenn die Atomwirtschaft in Deutschland und Frankreich und ihre Helfer in den Regierungen um der Profite willen glauben, das Leben und die Gesundheit der Völker aufs Spiel setzen zu müssen, kann es für diese keine moralischen oder rechtlichen Gründe geben, sich dagegen nicht zu wehren. Das Leben der Völker bedrohende Rechtsakte sind nichtig.

Die Ökologische Plattform bei der PDS steht auf der Seite der Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen, die zum Widerstand aufgerufen haben und ruft ihrerseits ihre Mitstreiter und Sympathisanten auf, sich den geplanten Blockaden und Protesten anzuschließen.

**BSE und neue  
Agrarpolitik**  
DiskussionspapierWolfgang Jahn / Sabine  
Voigt / Uwe Witt**I. BSE-Krise - Stand  
und Positionen**

Es regt sich nicht nur Empörung gegen die Verfütterung von Fleischprodukten an Wiederkäuer oder das Versagen des Verbraucherschutzes, gegen die Lügen von Verantwortlichen und das Zurückhalten von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Es steigt auch der Widerstand gegen die Verfütterung von Antibiotika und gentechnisch veränderter Futtermittel, gegen extreme Formen der Massentierhaltung und gegen quälereische Tiertransporte, gegen die Überdüngungen von Flächen oder gegen übermäßige Pestizideinsätze. Die PDS sollte dies nutzen und sich dabei jenseits aller Emotionen von realistischen, aber mutigen Schritten zum Wohle der VerbraucherInnen und der Umwelt leiten lassen. Dabei sind die Interessen von Landwirten, die meist - wie die VerbraucherInnen - den Profitinteressen der Ernährungs-, Futtermittel-, Handels- und Agrochemiekonzerne schlichtweg ausgeliefert sind, zu berücksichtigen. Im folgenden soll in einer ersten Stellungnahme aus Sicht der PDS zuerst auf BSE eingegangen und danach einige wichtige Bausteine einer neuen Agrarpolitik skizziert werden. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang auf zwei weitere Papiere, die momentan weiterentwickelt, aber in ihrer Ursprungsform nach Bedarf abgefordert werden können: Agrarkonzept der PDS (im Büro Naumann), Plädoyer für den Ökologischen Landbau (im Büro Bulling-Schröter)

Nach Aussagen der Bundesanstalt für Fleischforschung werden in diesem Jahr zwischen 200 bis 500 BSE-Fälle erwartet. Das entspricht einem Seuchenstatus größeren Ausmaßes. Es ist aber keine Seuche, da die Krankheit nicht - wie sonst bei Seuchen - lokal oder regional zu verorten und höchstwahrscheinlich nicht horizontal durch Infektion von Tier zu Tier übertragbar ist. Zum Vergleich: in Großbritannien waren im Jahr 1996 162 000 Rinder mit BSE infiziert. Bisher wurden 3,8 Millionen alter englischer Kühe verbrannt.

Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse: Nichts ist sicher oder 100%ig bewiesen - so könnte das Fazit der unterschiedlichsten wissenschaftlichen Untersuchungen, Aussagen und Thesen lauten. Sicher ist nur, dass es diese Krankheit BSE bei Rindern gibt, dass sie mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Scrapie bei Schafen und der nCJK - neue Creutzfeld-Jacob-Krankheit - beim Menschen in Zusammenhang steht und dass es mehrere Übertragungswege gibt bzw. geben muss. Auch gibt es verschiedene Theorien über den Ursprung des Erregers. Die Mehrheit der Wissenschaft geht von der Prionentheorie aus. Ein vermutlich spontan verändertes (falschgefaltetes) Eiweiß - ein Prion. Es ist in der Lage, einmal in einem tierischen / menschlichen Körper gelangt, zu überleben, sich durch die Übertragung der krankmachenden Eigenschaft auf "gesunde Eiweiße" zu vermehren und scheint sehr resistent gegenüber Hitze, Kälte, UV-Strahlen - sogar Verbrennung zu sein. Infolgedessen wird das zentrale Nervengewebe vollkommen zerstört. Herdentötung: Beim Auftreten von BSE in einer Herde wird in Deutschland die ganze Herde getötet (Ausnahme Bayern, Herden- oder Kohortentötung als Wahlmöglichkeit). Kohortentötung: Im Gegensatz zur Herdentötung wird die Erhaltung der Herde mit einer BSE-betroffenen Kuh diskutiert (Schweizer und Bayerisches Modell): es kursiert hierzu die Annahme, dass die Verbreitung der BSE-Erreger immer über die Blutlinie oder über die Fütterung in demselben Geburtsjahrgang verbreitet wird. Die Tötung von wertvollen Zuchtieren bei Auftreten eines einzelnen BSE-Falls (bisher fast immer nur ein Fall je Herde) wäre nach dieser Theorie volkswirtschaftlicher Unsinn. Deshalb sollen nach dem Schweizer Modell der Kohortentötung nur Risikogruppen nach sogenannten Kohorten (eigene Verwandtschaft und Nachkommenschaft sowie Tiere aus demselben und dem Geburtsjahrgang davor und danach) in der von BSE betroffenen Herde geschlachtet und vernichtet werden. Die restlichen Tiere dieser Herde dürfen aber auch nicht sofort für die Nahrungskette geschlachtet werden. Sie müssen erst in das Mindestalter kommen, in dem ein BSE-Test sinnvoll und möglich ist (momentan 30 Monate). In Deutschland dürfte dann wie in der Schweiz auch keine Milch verkauft werden, was die Problematik der Milchabnahme aufwirft. Das Kohorten-Modell erleichtert im Grunde den technologisch-zeitlichen Ablauf von Massenkeulungen, da die Tiere beim Landwirt "zwischengestapelt" werden. Für eine Zustimmung zum Kohorten-Modell wären unser Auffassung nach jedoch folgende Voraussetzungen notwendig: die betroffenen Landwirte müssen Ausgleichszahlungen / Entschädigungen (z.B. fortlaufendes Milchgeld) bekommen, und dieses Modell sowie die Zahlungen müssen als Ausnahmeregelung auch in Brüssel genehmigt werden. Die wissenschaftlichen Meinungen über die Kohorten-Tötung gehen allerdings stark auseinander: In der Übertragungskette durch Futter oder Weide ist immerhin die ganze Herde einer möglichen Übertragung ausgesetzt, auch wenn man den Erreger nicht nachweisen kann oder die Krankheit nicht zum Ausbruch kommt, weil eine bestimmte Anreicherungsschwelle der Prionen nicht erreicht wird. Letztlich ist die Wahrscheinlichkeit über das Vorhandensein des Erregers in Risiko-Herden viel größer. Zu unterscheiden von der Herden- oder Kohortentötung ist die Keulung von zirka 2 Millionen Rindern ab 30 Monate in der EU, davon 400 000 in Deutschland. Dies entspricht einem "Marktentnahmeprogramm" (Herauskaufaktion zur Stützung des zusammenbrechenden Marktes). Diese Art der Marktentlastung ist nicht grundsätzlich abzulehnen, auch wenn es dagegen massive Empörung, vor allem von Tierschützern gibt. Schließlich ist der Rindfleischumsatz zu mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Es gibt nur begrenzte Möglichkeiten bei plötzlich extrem gesunkener Nachfrage, das unverkäufliche Fleisch zu lagern bzw. die Rinder weiterhin im Stall zu belassen. Die teilweise ideologisierte und emotionalisierte Empörung über das EU-Schlachtprogramm ist schwer nachvollziehbar, da die Rinder früher oder später ohnehin von der Schlachtung betroffen wären. Eine andere Frage ist, was mit dem Fleisch passiert. Wir sind nicht dafür, einen Teil des (natürlich getesteten) Fleisches in Entwicklungsländer zu versenden, da die Gefahr besteht, dass dadurch regionale Märkte in Ländern des Südens nachhaltig gestört werden. Ein Teil des Fleisches könnte für den europäischen Markt gelagert werden oder möglicherweise bei ausgesprochenen Katastrophen (Dürre, Erdbeben) Verwendung finden, und bei einem größeren Teil wird die EU nicht an einer Verbrennung vorbei kommen. Tests: In Deutschland sollte unserer Ansicht nach jedes Tier, das geschlachtet wird, auch getestet werden - unabhängig davon, ob es später für die Ernährung genutzt oder verbrannt wird. Nur so lässt sich das Ausmaß des BSE-Befalls erkennen, nur so kann die vorgeschriebene Trennung von gefährlichem und nichtgefährlichem Abfällen realisiert werden, (siehe Risiko Verbrennung). Dazu sollte auch das Testalter entsprechend der weiteren wissenschaftlich-technischen Entwicklung der Tests-Kits angepasst werden (Koalitionsantrag jetzt 24 Monate anstelle von 30 Monaten, da man verschiedentlich schon bei jüngeren Tieren Erreger fand). Bundes- und Landesregierungen äußerten sich bezüglich der Verbrennung und vorherige Tests ambivalent, denn die Tests sind eine Kostenfrage. Verbraucherschutz: Im Sinne eines bei aller medialen Hysterie und ökonomischen Zwängen prioritär zu behandelnden vorsorgenden Verbraucher- und Gesundheitsschutzes - der auch wissenschaftlich-hypothetische Risiken ernst nimmt, die sich nicht

## **II. Wende in der Agrarpolitik:**

unbedingt im späteren Verlauf bewahrheiten müssen, und im Sinne eines sehr sensibel reagierenden Verbrauchers in Deutschland kann es sich die PDS nicht leisten, an späteren Vorkommnissen, Fällen und Nachweisen aus BSE-Risikoherden Mitschuld am politischen Versagen aufgrund von halberzigen Entscheidungen in punkto Verbraucherschutz beteiligt zu sein. Die PDS sollte sich die Frage stellen, wie bei all den Unwägbarkeiten und wissenschaftlichen Ungenauigkeiten der BSE-Erreger tatsächlich ausgemerzt werden kann, wenn Risikoherden und Risikomaterial (Innereien, Tiermehl, Düngemittel) nicht aus der Nahrungskette bzw. aus dem Reproduktionskreislauf herausgenommen werden? Aus diesen Gründen sollte in Debatten mit der Öffentlichkeit in der Aufklärungsarbeit darauf geachtet werden, dass die Keulung von BSE-Rinderherden unvermeidlich ist und letztendlich dem gesundheitlichen Schutz des Verbrauchers, damit auch dem Schutz künftiger Tierbestände und letztlich auch dem wirtschaftlichen Schutz des Landwirtes dient. Ein eigenständiges, unabhängiges Ministerium für Verbraucherschutz mit Kontrollfunktion und Weisungsrecht wird von der PDS befürwortet und sollte ähnlich der Struktur der Europäischen Union organisiert werden: Es geht um die Trennung von Agrarpolitik und Verbraucherschutz, welcher nicht einem anderen Ministerium (z.B. Gesundheit) zuzuschlagen ist. Verbraucherschutz betrifft nicht nur Lebensmittelsicherheit sondern die ganze Bandbreite von ernährungsphysiologischer Aufklärung bis zu Verbraucherrechtsfragen in anderen Branchen. In diesem Zusammenhang sind auch Kürzungen für Verbraucherzentralen und -aufklärung im Agrarhaushalt und anderen Haushalten zurückzunehmen bzw. aufzustocken. Die jetzige neue Struktur des Ministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (MLV) ist nur die zweitbeste Lösung. Untersuchungsausschuss: Die F.D.P. beantragt einen Untersuchungsausschuss über die Versäumnisse der Funke- und Fischer-Politik, die schließlich zu ihren Rücktritten führte. Die PDS kann diesen Antrag unterstützen, sofern die "Vergangenheitsbewältigung" bereits zu Zeiten des Landwirtschaftsministers Borchert und des Gesundheitsministers Seehofer beginnt, da bereits von der Kohl-Regierung BSE-Verdachtsfälle und warnenden Hinweise nicht mit dem nötigen Nachdruck nachgegangen, ja vielfach sogar gemauert wurden.

Im Zusammenhang mit der BSE-Krise haben verschiedene PolitikerInnen anderer Parteien Vorschläge für eine neue Agrarpolitik gemacht. Insbesondere die Nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn und die Staatssekretäre des BMU und BML und andere haben einen weitreichenden Änderungskatalog vorgelegt. Die PDS könnte sich der Mehrzahl dieser Punkte anschließen (sie hat viele schon lange gefordert), wobei einige wenige zu kritisieren sind. Die Ökologisierung in der Landwirtschaft (und Gesellschaft) heißt dabei nicht 100 Prozent Ökolandbau. Er könnte in den nächsten 10 Jahren maximal ein Anteil von bis zu 20 Prozent einnehmen. 80 Prozent der Landwirtschaft wäre also weiterhin konventionell. Diese muss aber grundlegend umwelt- und sozialorientiert werden. Unsere Forderungen müssen deshalb in der Argumentation sowohl den Verbraucherschutz als auch den Schutz des Landwirtes (Im Sinne der Förderung eines Wiederaufbaus der Herde und einem Ausgleich jeglicher Ausfälle) im Auge haben. Eine gesunde Ernährung und eine gesunde Umwelt liegen im Interesse des Verbrauchers wie des Landwirtes. Die Landwirtschaft kann ursächlich nicht allein für die BSE-Krise verantwortlich gemacht werden. Eine Auswahl zu unterstützenden Forderungen (wobei bei einzelnen Punkten noch Prüfungs- und Konsultationsbedarf besteht, so auch hinsichtlich machbarer Umsetzungszeiträume): Einführung einer Positivliste in das Futtermittelrecht, Deklarationspflichten für Futtermittel, Verbot aller antibiotischen Futtermittelzusatzstoffe, Verbot gentechnisch veränderter Futtermittel, Versagen von Entschädigungsleistungen bei Verstößen gegen das Futtermittelrecht. Änderung der KälberhaltungsVO zum Verbot von Milchaustauschern (wahrscheinlicher BSE-Übertragungsweg), zur umfassenden Versorgung mit Raufutter und zum Durchsetzen der Gruppenhaltung in eingestreuten Stallungen. Änderung von Tierhaltungsverordnungen zur artgerechten Haltung von beispielsweise Schweinen und Hühnern. Änderung der TierschutztransportVO zur Begrenzung der Transportfahrten von Tieren auf 4 Stunden, ausreichendes Platzangebot. Dies würde auch regionale Wirtschaftskreisläufe fördern. Änderung des Immissionsschutzrechtes. Die in der 4. BImSchV genannten Tierzahlen zur Begründung der Genehmigungspflicht (z.B. 40.000 bei Mastgeflügelplätzen, 2000 Mastschweineplätzen, 20.000 Hennenplätzen) müssen deutlich abgesenkt werden. Wiedereinführung der Genehmigungspflicht bei Rinderhaltung (Hintergrund: Ammoniak-Emissionen, Geruchsbelästigungen). Flächenbezogene Tierhaltung (max. 2 Großvieheinheiten je Hektar) und damit regionaler pflanzlicher Futtermittelbezug (in Diskussion auch regionale Flächenbindung). Im Einkommens- und Umsatzsteuerrecht sowie in der Agrarförderung ist ein Übergang auf steuerliche Vorteile nur noch für flächengebundene Tierhaltung denkbar. Umgestaltung der Agrarförderung: Verknüpfung der EU-Ausgleichszahlungen mit Umweltkriterien, Ausgleichszahlungen nach Bundesnaturschutzgesetz nur, wenn Forderungen des Naturschutzes über die Anforderungen der "guten fachlichen Praxis" (die zu konkretisieren sind) hinausgehen. Auf EU-Ebene Einführung einer Grünlandprämie und Flächenprämie für Futterrüben, dafür Absenkung ggf. Abschaffung der Silomaisprämie zur Förderung der flächenbezogenen Tierhaltung und heimischen Futtermittelproduktion, Anhebung der Flächenprämien für heimische Eiweißpflanzen, Reform des EU-Futtermittelrechtes, Umstellung von Lebendviehtransporten auf Schlachtkörpertransporte, Streichung der Prämien beim Export von lebenden Schlachtvieh. Verbesserung der Kennzeichnung der Lebensmittel für den Verbraucher. Deutliche Steigerung des ökologischen Landbaus und damit verbundenen eine höhere Qualität der Erzeugnisse sowie geringere Umweltbelastung. Ökolandbau ist schrittweise auszubauen auf 10 % bis 2005 (entspricht unserem Agrarkonzept); auch die Forderung der Grünen (Höfken-Papier und Trittin-Forderung) 20 % bis 2010 ist bei entsprechenden Fördermaßnahmen insbesondere in Übergangsperioden zu unterstützen. Dies ist jedoch in Anbetracht einer drei-jährigen Umstellungsphase der Wirtschaftsweise wahrscheinlich nicht realistisch und wird mehr Zeit in Anspruch nehmen. Mit einer Bauern-Belohnung allein lässt sich der Ökolandbau aber auch nicht voranbringen; Vermarktung, Aufklärung und Forschung müssten ebenfalls gefördert werden. Auswahl zu kritisierender Vorschläge: Die vorgeschlagene Bindung der absoluten Höhe der Agrarförderung an die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte und Größe der Betriebe würde die größeren Betriebseinheiten in Ostdeutschland, ja sogar die Ökolandbauern in Ostdeutschland negativ treffen. Selbst der Naturschutzbund Deutschland meint, dass die "aggressive Polarisierung zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft sowie zwischen großen und kleinen Betrieben rückwärtsgewandt" sei und vor allem dem alten Agrarsystem diene. Ob Landwirtschaft ein Problem für Umwelt, Natur und Verbraucher darstelle, definiere sich "schon lange nicht mehr über die Betriebsgröße sondern über die jeweilige individuelle Arbeitsweise der einzelnen Bauern."

## Positionspapier der Ökologischen Plattform zur Programmdiskussion

Die wachstumsorientierte Produktions- und Lebensweise der Industriegesellschaften zerstört und zerstört im Maße ihrer Durchsetzung und Verfestigung alle tradierten, sanfteren Formen des Austausches zwischen Mensch und Natur. Durch die schließliche Fixierung allen menschlichen Tuns auf den Profit wird das Verhalten des Menschen zur Natur immer aggressiver und expansiver. Diese hat - auch im Gefolge anhaltenden Bevölkerungswachstums - dem Menschen längst die Grenzen ihrer Reserven und Belastbarkeit gezeigt. In den Verstrickungen seiner patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnisse und des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells verfangen, kann dieser jedoch nicht von der Ausbeutung und Zerstörung der Natur lassen. Darüber können auch temporäre, lokale Entlastungen der Natur nicht hinwegtäuschen.

Im Ergebnis spitzt sich die ökologische Krise in raschem Tempo zur weltweiten Überlebensfrage zu. Sie steht nicht nur erst für künftige Generationen. Sie ist längst bittere Realität für Menschen und andere Lebewesen auf der Welt, die keine Möglichkeiten mehr haben, sich gegen die Antworten der Natur (Klimakatastrophen, Erschöpfung der Fähigkeit der Ökosysteme zur Aufnahme bzw. zum Abbau von Schadstoffen) zu schützen.

In den nächsten Jahrzehnten drohen regionale und globale Zusammenbrüche der Ökosysteme. Deshalb besteht die wichtigste und dringendste Aufgabe der Menschheit in der Veränderung der vorherrschenden, profitdominierten Produktions- und Lebensweise, um allen Menschen und den künftigen Generationen die

Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt über die gerechte Aufteilung des Umweltraumes zu entscheiden.

Die PDS tritt für eine planmäßige, stetige und merkliche Reduzierung des absoluten Stoff- und Energieverbrauchs in der BRD und in der EU ein, sodaß weltweit und auch für künftige Generationen eine sozial gerechte, menschenwürdige Lebensweise ermöglicht wird.

Dafür ist dreierlei erforderlich:

- Wachstumsgedankens prinzipiell aufgeben. Wenn partielles Wachstum, dann im Ergebnis einer wohlbegründeten Politik: Zu beginnen ist mit der Reduzierung und schließlichen Beendigung von Produktionen, die weltweit nicht tragbar und für die Versorgung und das Wohlergehen der Gesellschaft nicht notwendig sind. Die Schritte und Wege sind in einem demokratischen Prozeß zu bestimmen.
- Ein kombiniertes Steuerungs- und Regelungssystem, bestehend aus Steuern, Abgaben und Ausgleichszahlungen, Subventionen, Preisen, administrativen Maßnahmen wie Limitierungen, Ver- und Geboten u.a., das mit seiner vollen Wirkung auf die Reduzierung des Stoff- und Energieverbrauchs ausgerichtet ist.
- Begleitung durch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit für den Endverbraucher, insbesondere die sozial Schwachen, in Form von Ausgleichszahlungen, Ausweichmöglichkeiten bei Konsum und Dienstleistungen u.a.

Die Souveränität der Gesellschaft, mit ihren gewählten Organen in demokratischer Weise über die strategischen Richtungen ihrer Entwicklung zu entscheiden, beinhaltet auch die souveräne Entscheidung über die Hauptrichtungen der wissenschaftlich-technischen Forschung. Diese Souveränität wurde durch die in Deutschland regierenden politischen Parteien nahezu vollständig aufgegeben. Entscheidende Bedingungen und Voraussetzungen heutiger und künftiger Politik werden zunehmend in den Instituten und Labors der Konzerne geschaffen und zwar im Interesse des Profits und der Wettbewerbsfähigkeit und nicht im Interesse der Gesellschaft und ihrer nachhaltigen sozial-ökologischen Entwicklung.

Wenn die weitere Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen aufgehalten werden soll, muß die Bestimmung von Forschung und technologischer Entwicklung durch die Großindustrie beendet werden. Die Gesellschaft muß als Ganzes die souveräne Entscheidungsmacht über ihre Entwicklungsrichtung zurückgewinnen. Forschungsschwerpunkte sowie Fragen gesellschaftlicher und ökologischer Auswirkungen wissenschaftlicher Erkenntnisse müssen auf allen Ebenen zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Die Politik hat nicht blindlings dem zu folgen, was technologisch machbar ist, sondern muß ihre Verantwortung für die Zukunft der Menschheit wahrnehmen.

Dafür gilt es, ein neues Bündnis zwischen demokratischer Öffentlichkeit und Ethik/Verantwortung der Wissenschaft zu schaffen. Nur so kann die Gesellschaft den neuen Anforderungen, die die wissenschaftlich-technischen Umwälzungen des 21. Jahrhunderts an die öffentliche Kontrolle der Technologieentwicklung stellen, gerecht werden.

## Plattformneuigkeiten

**Zur Analyse der  
gegenwärtigen Welt**

**Zur Senkung des  
Energie- und  
Ressourcen-  
verbrauchs**

**Ökologischer Umbau  
und Wissenschaft**

## Plattformneuigkeiten

**Sozialpsychologische  
menschliche  
Entwicklung und ihre  
materiellen Grundlagen**

Deshalb tritt die PDS ein für:

- Wiedergewinnung ganzheitlicher Sichtweisen in der Wissenschaft und Überwindung der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Einengung z.B. in der universitären Lehre auf Arbeitsmarkterfordernisse
  - Bereitstellung wissenschaftlicher Lösungen für den ökologischen Umbau
  - Förderung und Entwicklung naturnaher und menschengerechter Technologien und Produktionsformen
  - Schaffung eines Förderfonds für die Entwicklung von Technikbewertung und Folgeneinschätzung.
- 

Ökologischer Umbau der Gesellschaft kann nur gelingen und hat nur dann Sinn, wenn er begleitet ist von einem Bewußtsein bei einem großen Teil der Menschen, das durch Werte des Seins anstatt durch Werte des Habens geprägt ist, wenn er begleitet ist von neuen zwischenmenschlichen Beziehungen, in denen sich die bewußte Abkehr von übersteigertem materiellen Verbrauch, die Befreiung von patriarchalen Unterdrückungsverhältnissen und der sorgsame Umgang mit der Natur zu einem Gewinn an Lebensgefühl vereinen. Die Qualität einer zukunftsfähigen Gesellschaft wird in unseren Herzen und in unserem Geist entschieden.

Die Stärkung dieses neuen Bewußtseins erfordert solche gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Menschen schließlich von patriarchalen Herrschaftsstrukturen, von der Profit- und Warenlogik seines Daseins und dem ewigen Druck der Lebensvorsorge befreien, die ihm ein emanzipiertes, selbstbestimmtes Leben und Arbeiten zu seinem und der Gesellschaft Wohl möglich machen.

Die PDS fordert und fördert deshalb alles, was in diese Richtung weist, so u.a.:

- eine soziale Grundsicherung für jedes Mitglied der Gesellschaft,
  - eine wesentliche Erweiterung des Bereiches und der Möglichkeiten der Lebenserwerbsarbeit,
  - jegliche Art von Lebensgemeinschaften und kollektiven Zusammenlebens und -arbeitens,
  - unentgeltliche Bildung für alle entsprechend ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten und Neigungen und den Bedürfnissen der Gesellschaft,
  - antiautoritäre, humanistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen.
- 

**Ökologischer Umbau  
und  
Wirtschaftswachstum**

Um einen Kollaps des Ökosystems Erde zu vermeiden, darf der Austausch des Menschen mit der Natur, also seine wirtschaftliche Tätigkeit, nur noch in Übereinstimmung mit den Kriterien nachhaltiger ökologischer Entwicklung erfolgen. Wirtschaftswachstum kann nicht mehr undifferenziert das generelle Ziel der Politik in den Industrieländern sein. Hier kann allenfalls noch ein qualitatives, mit den Bedürfnissen der Menschen und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen übereinstimmendes Wachstum befürwortet werden. Deshalb sind Rahmenbedingungen und eine Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die eine sozial und ökologisch kontrollierte wirtschaftliche Entwicklung sichern.

Durch Begrenzung und Reduzierung von Produktionen und Tätigkeiten, die einer solchen Entwicklung nicht dienen, sind die Umwelträume wieder freizusetzen, die den unterentwickelten Ländern genommen wurden und die diese für ihre Entwicklung dringend benötigen.

Punkt 4.5 des gültigen Programms wird grundsätzlich unterstützt. Der Anspruch in der Einleitung nach "ökologischer Umgestaltung des gesellschaftlichen Arbeitssystems" ist allerdings in den Anstrichen unzureichend untersetzt. Der erste Anstrich sollte daher wie folgt ergänzt werden: eine auf Vollbeschäftigung "und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen" gerichtete Wirtschaftspolitik "in der BRD und der EU".

---

**Ökologischer Umbau  
und Regionalisierung**

Aus ökologischer Sicht ist eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft unerlässlich. Sie definiert sich vor allem über den Grad der Versorgung mit Warengruppen des täglichen Bedarfs aus der Produktion der Region. Überschaubare Wirtschaftskreisläufe, in denen Produzenten und Konsumenten demokratisch mitbestimmen können, sind unverzichtbare Attribute.

Die Wirtschaftspolitik des Staates und der EU ist gefordert, einen Komplex ökonomischer und administrativer Bedingungen zu schaffen, damit der Trend zur regionalen Versorgung einsetzt und maximal gefördert wird.

---

**Gesunde Ernährung  
und landwirtschaftliche  
Produktion**

Die gegenwärtig in den Industriestaaten praktizierte und in den Entwicklungsländern wirtschaftlich induzierte intensive Produktion von Nahrungsmitteln unter hohem Einsatz von mineralischen Düngern, Pflanzenschutzmitteln im Feldbau sowie Futterersatzstoffen und Antibiotika in der Tierproduktion stellt ein gesundheitliches Risiko dar.

Dagegen können ökologische Anbaumethoden und artgerechte Tierhaltung eine Gewähr für die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel geben. In Deutschland erfolgt ökologischer Anbau erst in 3 % der landwirtschaftlichen Betriebe. Dazu gehören die Anwendung biologischer und mechanischer Pflanzenschutzmaßnahmen, Einhaltung der Fruchtfolge, organische Düngung, Bodengare, mechanische Bodenbearbeitung, Einhaltung von Saatterminen usw. - also insgesamt die Beachtung der "guten fachlichen Praxis" der Bodennutzung.

Die Verwendung von wirtschaftseigenem Futter ist wichtig für gesunde tierische Produkte.

Die Verarbeitung und Vermarktung in der Region reduziert unnötige Transporte sowie Produkte, die auf kurzen Wegen frisch zu den Verbrauchern gelangen.

Die PDS tritt ein für:

- Aufklärung der Verbraucher über Methoden der ökologischen Landwirtschaft und ihre Zusammenhänge mit der gesunden Ernährung
- Umgestaltung der EU-Förderpolitik im Interesse der ökologischen Landwirtschaft
- materielle Förderung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sowie ihre ideelle Unterstützung durch die Politik

Schritte zum ökologischen Umbau sind für die PDS ohne soziale Gerechtigkeit, nicht akzeptabel. Darunter verstehen wir soziale Gerechtigkeit nicht nur zwischen den sozialen Gruppen eines Landes, sondern auch zwischen allen heute lebenden Völkern wie auch gegenüber künftigen Generationen.

Für die Industrieländer bedeutet dies Reduzierung des für sich beanspruchten Umweltraumes, d.h. erhebliche Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs. Dies verlangt geeignete Produktions- und Konsummodelle. Die notwendige Sparpolitik muß alle Glieder der Gesellschaft, und nicht nur die sozial schwachen, wie es gegenwärtige Politik ist, betreffen. Sie muß sogar zu einer relativen Besserstellung der sozial Schwachen führen.

Um den ökologischen Umbau mit mehr sozialer Gerechtigkeit zu verbinden, müssen Gratisleistungen und moderate Preise im Gesundheitswesen, in Kultur und Bildung, fürs Wohnen, im ÖPNV und ähnlichen Bereichen wieder einen höheren Stellenwert im sozialen Gefüge der Gesellschaft einnehmen. Dadurch würde die soziale Sicherheit erhöht und der materielle Verbrauch nicht stimuliert werden.

**Ökologischer Umbau  
und soziale  
Gerechtigkeit**

Der notwendige ökologische und soziale Umbau wird durch ein Bündel von objektiven und subjektiven Faktoren behindert. Das entscheidende Hindernis ist die kapitalistische Profitwirtschaft. Das kapitalistische System reproduziert objektiv die auf Profitmaximierung orientierten Machtstrukturen und die dafür geeigneten Bedingungen in Produktion, Gesellschaft und Finanzwesen ständig aufs Neue. Dadurch werden soziale und ökologische Aspekte immer weiter zurückgedrängt. Die vorhandenen alternativen Gesellschaftsentwürfe haben zunehmende Schwierigkeiten, sich gegen die Kapitaldominanz durchzusetzen.

Die kapitalistische Produktionsweise hat das Bewußtsein sowie das wirtschaftliche und Konsumverhalten der Menschen in den betreffenden Ländern nachhaltig bestimmt. Bei Strafe ihres sozialen Absturzes, ihrer materiellen Schlechterstellung oder anderweitiger Benachteiligungen sind sie gezwungen, sich genau so zu verhalten, wie es das expansive Wesen der Profitwirtschaft verlangt. Diese Zwangslage korrespondiert inzwischen mit dem Bestreben der Mehrheit der Menschen, ihren erreichten materiellen Komfort zu erhalten bzw. weiter auszubauen, mit ihrem opportunistischen Verhalten gegenüber der Notwendigkeit der Veränderung ihrer Lebensweise.

Neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die diese Denkweise aufbrechen und verändern würden, sind kurzfristig nicht absehbar.

Sie müssen dennoch geschaffen werden über die Veränderung des Bewußtseins bei den ökonomisch und politisch einflußreichen Kräften und einem wachsenden Teil der Gesellschaft. Dies wird im Maße hinreichender Voraussicht der Entwicklung oder/und zunehmender Verschlechterung der Umweltbedingungen erreicht.

Es gibt auch jetzt schon Möglichkeiten zu ökologischem Handeln, z.B. selbstbestimmt-begrenzte Arbeitszeit, verbunden mit geringerem Konsum und dafür mehr kulturellen und sozialen Aktivitäten, ökologisch bewußtes Einkaufsverhalten, ökologische Geldanlagen usw..

Diese Möglichkeiten sind - schon aus finanziellen Gründen - nicht für alle gleichermaßen relevant. Sie erfordern aber immer auch ein gewisses Maß an Selbstüberwindung sowie

die Bereitschaft zum Verzicht auf bestimmten Luxus und manch Liebgewordenes. Dagegen wird der mögliche Gewinn an kultureller und sozialer Lebensqualität von den meisten Menschen nicht erkannt.

Die PDS setzt sich ein für die Unterstützung

- der vorhandenen alternativen sozialen und ökologischen Ansätze durch Publikation ihrer Ziele und Erfahrungen,

bei der Gründung und Existenzsicherung ökologisch und sozial orientierter Betriebe, z.B. durch zinsfreie Darlehen.

**Hindernisse für den  
ökologischen Umbau**

**Zur  
Programmdebatte  
Marko Ferst**

*Vorschläge für den  
überarbeiteten PDS-  
Programmtext zur Ökologie  
und kulturell-seelischen  
Dimension  
(leicht gekürzt)*

*Programm Seite 16, unter  
4.8 „Individualität entfalten  
und Solidarität stärken“  
nach dem ersten Absatz vor  
dem Abschnitt „Patriarchale  
Strukturen überwinden“*

*Programm Seite 3, 2. Absatz*

....  
Mein vorliegender Versuch ist darauf gegründet, daß ein großer Teil der Aussagen im alten Programm von 1993 modifiziert erhalten bleibt. Generell ist jedoch zu sagen eigentlich wäre darüber nachzudenken, die gesamte Einleitung im 1993er Programm so umzuformulieren, daß kenntlich wird: Das 21. Jahrhundert muß eines der Ökologie, eines der Selbstbegrenzung werden, wenn eine totalitäre Endzeitgesellschaft abgewendet werden soll. Leider ist es so, daß die große Mehrheit der Partei, dies noch nicht nachvollziehen kann und insofern wäre es zwar fortschrittlich das überarbeitete Programm so auszurichten, aber dem Parteikörper nicht gemäß. Einige Aussagen im Entwurf würde ich mir detaillierter wünschen, jedoch geht dann sofort die Kürze verloren, insofern sind da enge Grenzen gesetzt. Im übrigen ist auch nicht berücksichtigt, daß an einer ganzen Reihe weiterer Programmstellen, die ökologische Ausrichtung zu prüfen ist. Die erste Passage in meinem Vorschlag betrifft den kulturell-seelischen Wandel einer sozialistisch-emanzipatorischen Gesellschaft. Für den parteipolitischen Kern der PDS ist dies gewiß Neuland, wenngleich eine weit ausführlichere Textstelle im Programm wünschenswert wäre. Dafür müßte allerdings erst der zustimmende Resonanzboden geschaffen werden.

Zudem möchte ich noch auf drei Textstellen hinweisen, die aus dem alten Programm herausgenommen werden sollten oder zumindest modifiziert. Sie betreffen Aussagen zur Vergangenheit. Auf Seite 5 des alten Programms steht am Ende des ersten Absatzes unter dem Abschnitt 2. eine Aussage, die darauf hinausläuft die DDR-Verhältnisse ganz gelungen zu finden bis auf ein paar Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen, die es auch gab. Das färbt die damalige Situation doch sehr rosarot und man sollte sich zu einer kritischeren Aussage durchringen. Gleiches gilt für die sehr positive Aussage zu der der Oktoberrevolution nachfolgenden Entwicklung in diesem Jahrhundert. Die Aussage ist so wie sie dort steht eine Verhöhnung der wenigstens 30 bis 40 Millionen Opfer durch das GULAG-System Stalins, ganz zu schweigen von den Millionopfern durch das Terrorsystem Maos. Auf Seite 7 steht im 2. Absatz dann noch mal ein Passus man wolle die vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse im Osten nicht abwerten. Ich will das gar nicht weiter kommentieren, aber finde, die angesprochenen Stellen gehören überarbeitet. Bevor man aber über die verschiedenen Aussagen im Programm ins streiten kommt, sollte man allerdings bedenken, daß in keiner Partei, auch in der PDS nicht, das Programm für die praktische Politikausrichtung eine nennenswerte Rolle spielt. Vielleicht sollte man etwas mehr Denkkapazität darauf verwenden, warum das so ist. Vielleicht würde es der PDS bei ihrem weiteren Weg helfen, wenn man über die wirklichen Determinanten etwas mehr in Erfahrung brächte.

*Sozialpsychologischer Wandel*

Menschliche Emanzipation setzt die Selbsterkenntnis des Einzelnen voraus. Veränderungen in der Gesellschaft brauchen ihren Ausgangspunkt in der Gedankenwelt vieler Individuen. Der Abbau autoritärer und marktförmiger Beziehungen zwischen den Menschen hin zu einem solidarischen Miteinander kann nur aus einem inneren Wandel, einem inneren Reifen heraus gelingen. Für gesellschaftliche Alternativen sind die sozialpsychologischen Veränderungen im Menschen genauso wichtig wie die Reformprozesse in der sozio-ökonomischen Struktur.

Wir sind heute mit einer sehr weitgehenden Vermarktung unserer Lebenssphäre konfrontiert. Der Mensch wird immer mehr zur Ware, und vielfach kann man beobachten, dieser Tatbestand beeinflusst auch die Charakterstruktur des Menschen. Nicht zuletzt auf dem Arbeitsmarkt zählt die eigene Verkäuflichkeit. Die kommerzielle Gewinnorientierung ist tief ins Menschenbild eingedrungen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der nicht das Arbeiten, sondern ein selbstbestimmtes Leben im Mittelpunkt steht, wo die Werte des Seins über denen des Habens stehen. Der Mensch darf nicht Mittel zum Ziel sein. Die Qualität einer neuen, zukunftsfähigen Gesellschaft wird in unseren Herzen und in unserem Geist entschieden.

(Es reicht nicht aus, die erheblich von der Kapitaldominanz geprägten Hierarchien zurückzudrängen. Nach dem 3. Satz)

-----  
Die ökologische Krise spitzt sich in raschem Tempo zur weltweiten Überlebensfrage zu. Sie entspringt einem immer expansiveren Austausch zwischen Mensch und Natur, dem ausbeuterischen Charakter des kapitalistischen Produktions- und Konsumtionsmodells und der Zerstörung traditioneller Lebensformen in den armen Ländern der Welt. Die sozial-ökonomischen Ursachenanteile sind eng verflochten mit den kulturell-seelischen Grundlagen der Gesellschaft.

Die beginnende Klimakatastrophe unterwirft viele Lebensräume zunächst erheblichen Veränderungen, bis die Belastungen so stark werden, daß unkalkulierbare Zerstörungen Raum greifen können. Täglich gelangen weltweit Millionen Tonnen Kohlendioxid, Methan und anderer Treibhausgase in die Atmosphäre und schließen die Wärmefalle immer weiter, mehr als hundert Tier- und Pflanzenarten sterben täglich aus.

Wüstenregionen wachsen, fruchtbarer Boden geht durch Erosion verloren, der artenreiche Regenwald wird Opfer ungebremster Brandrodung und Vernutzung. Die schützende Ozonschicht der Erde wird dünner, und weit über die Antarktis hinaus reißt sie regelmäßig gänzlich auf. Hautkrebs, Immunschwäche und geringerer Pflanzenwuchs sind die Folge. Innerhalb weniger Generationen werden die nicht erneuerbaren Rohstoffe aufgebraucht, die in Jahrmillionen entstanden. In immer kürzeren Abständen verdoppelt sich die Bevölkerungszahl auf der Erde. Dies sind nur die dramatischsten Warnzeichen, wie wir die irdischen Belastungsgrenzen verletzen.

Ursache und Wirkung sozialökologischer Destabilisierung liegen häufig lange Zeiträume auseinander. Haben sich die verschiedenen Konfliktpotentiale jedoch zu einem unlösbaren Knoten verschlungen, läßt sich das zerstörerische Potential nicht mehr abwenden, auch wenn die auslösenden Faktoren längst beseitigt sind. In den nächsten Jahrzehnten drohen regionale und globale Zusammenbrüche der Ökosysteme. Deshalb muß alles getan werden, damit die Zeit zum radikalen Umbau der Produktions- und Lebensweise nicht unwiederbringlich verloren geht. Wir stehen in der Pflicht, nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten zu hinterlassen.

Nur wenn wir die Produktions- und Lebensweise grundlegend ökologisch umgestalten, kann es noch gelingen, eine ökologische Weltkrise abzuwenden. Deutschland, ebenso wie die anderen Industriestaaten, müssen beispielgebend voranschreiten, weil sie die Hauptverantwortung für die heutigen Umweltlasten tragen. Ökologische Politik darf nicht primär von den Interessen her definiert werden, die aus den Errungenschaften unserer heutigen Überflußgesellschaften resultieren. Wir müssen der Natur ihren Eigenwert zuerkennen und sie auch um ihrer selbst willen bewahren. Sie darf nicht vorrangig das Ausbeutungsobjekt des Menschen sein. Wettbewerbsökonomien, die auf ein ständiges Wachstum von Profiten und Wirtschaftsvolumen orientieren, sind langfristig nicht in der Lage, die Grundlagenkrise der Zivilisation abzuwenden.

- Ökologische Zukunftspolitik muß darauf hinwirken, den Verbrauch von Energie und nicht erneuerbaren Ressourcen schnell und umfassend zu senken. Bis Mitte des 21. Jahrhunderts wäre in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasen um 90 Prozent zu reduzieren und die Vernutzung von nicht erneuerbaren Rohstoffen um ebenfalls 90 Prozent einzuschränken. Dies erfordert eine ökologische Effizienzrevolution, aber auch eine Emanzipation der Gesellschaft und des einzelnen Menschen vom Habenmüssen.

- Wir engagieren uns für eine solare Energiewende. Die Energieversorgung muß künftig aus Solarzellen, Solarthermie, Wasserkraft, Biomasse, Windkraft und anderen erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Auf einen sinnvollen Mix kommt es an. Wir setzen uns für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie ein. Langfristig ginge es darum, die fossilen Energieträger vollständig abzulösen.

- Damit die Einsparung von Energie- und Ressourcenverbrauch als Kern einer ökologischen Wirtschaftspolitik auch greifen kann, muß durch progressive Ökosteuern die spontane Marktregulierung eingegrenzt werden, ein ökologischer Umbau des Steuersystems ist anzustreben. Wirtschafts- und Forschungssubventionen sind für eine nachhaltige Produktionsweise umzuwidmen.

- Die PDS setzt sich dafür ein, den individuellen Straßenverkehr und den Gütertransport auf der Straße radikal zu vermindern und aus Innenstädten zu verbannen, den öffentlichen Personenverkehr umfassend zu fördern, unter anderem durch einen Nulltarif im Nahverkehr. Mit Hilfe einer aktiven Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung ist eine Strategie der kurzen Wege zu etablieren. Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise muß sich auf dezentralere Räume einstellen.

- Der Arten- und Naturschutz erfordert große Aufmerksamkeit, der immer neue Verbrauch von Landschaft muß abgewendet werden, ökologischer Landbau Einzug halten. Gentechnisch manipulierte Nahrungsmittel können unkalkulierbare Folgen für die Biosphäre und die Gesundheit haben. Luft, Boden und Wasser sind vor schädlichen Einträgen zu bewahren. Es dürfen nicht täglich neue chemische Substanzen erfunden werden, deren Wirkungen auf die Umwelt unkalkulierbar sind.

- Umweltorganisationen, Verbraucherverbänden und Gewerkschaften sind demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte beim sozialökologischen Umbau einzuräumen. Sinnvoll wäre die Einrichtung ökologischer Räte als Verfassungsorgane. Die PDS will ökologische Lebensstile und alternative Lebensorte fördern und darauf hinwirken, deren Startbedingungen zu verbessern. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor sollte auch alternativ-ökologische Methoden des Wirtschaftens stützen.

- Wir treten dafür ein, daß jedem Menschen ein gleichwertiger Umweltraum zugestanden wird. Das bedeutet, die reichen Industriestaaten müssen teilen lernen. Ihr Umfang an Produktion und Konsum ist global nicht verallgemeinerbar. 20 Prozent der Weltbevölkerung dürfen nicht 80 Prozent aller Ressourcen verbrauchen. Zugleich sollten die armen Länder umfassend unterstützt werden, eigene Strategien sozialökologischer Entwicklung zu verwirklichen.

*Programm Seite 21*

*Die ökologischen  
Lebensgrundlagen erhalten*



**BUND:  
Waldzustand in  
Deutschland und  
Europa weiter  
verschlechtert**

Weitere Informationen,  
Grafiken zur  
Schadensentwicklung und  
Zitate zum Thema:  
auf der Homepage des  
BUND-Arbeitskreises Wald  
unter <http://home.T-online.de/home/WaldKlein/>

Für Rückfragen:  
Dr. Helmut Klein,  
waldpolitischer Sprecher  
des BUND,  
eMail: [Waldklein@T-online.de](mailto:Waldklein@T-online.de) oder  
BUND-Pressestelle,  
Tel. 030-27586-425/ -489;  
eMail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net);  
Presse-Archiv im Internet  
unter [www.bund.net](http://www.bund.net)

Nach Ansicht des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zeigt die weitere Zunahme der Waldschäden in Deutschland und Europa, dass sich die Umweltsituation trotz einiger beachtlicher Teilerfolge weiter verschlechtert. Das werde in dem von der Bundesregierung vorgelegten Waldzustandsbericht deutlich. Helmut Klein, waldpolitischer Sprecher des BUND: "Der Wald ist unser bester Bioindikator, weil er in optimaler Weise die Einflüsse von hunderten von Umweltfaktoren sichtbar macht. Angesichts der Schäden wäre es gut, wenn sich der Forstminister wenigstens in diesem Zusammenhang zu präzisen und sachgerechten Forderungen durchringen könnte. Schließlich stirbt der Wald weiterhin an der Luft, die wir atmen und dem Klima, das wir verschulden. Außerdem hängen Klimaveränderung, Hochwasserereignisse, Trinkwasserqualität, Erholungsmöglichkeit, Passierbarkeit und Bewohnbarkeit der Gebirge und vieles mehr vom Zustand unserer Wälder ab." Auch der Wirtschaftsminister, der Finanzminister und die Gesundheitsministerin könnten die Tatsache nicht länger ignorieren, dass Umweltschutz zwar heute Geld koste, versäumter Umweltschutz aber morgen unbezahlbar und übermorgen sogar tödlich werden könne. Die Versauerung der deutschen Waldböden schreite zwar heute langsamer voran als vor 20 Jahren, aber nach übereinstimmender Erkenntnis aller zuständigen Stellen finde sie auf 80 Prozent der Fläche weiter statt. Die Belastung durch bodennahes Ozon, das aus den Auspuffgasen der Kraftfahrzeuge entsteht, steige weiter. Das Umweltbundesamt habe schon 1995 dokumentiert, dass die Konzentration dieses Gases auf 95 Prozent der Landesfläche die Grenze der Belastbarkeit von Wald und Menschen übersteige.

Klein: "Der anthropogene Treibhauseffekt schädigt den Wald und dessen beschleunigter Verfall verstärkt wiederum die Erwärmung der Atmosphäre. Eine Gesellschaft, die das weiß und nicht entschieden handelt, macht sich selbst zum Auslaufmodell. Mandatsträger, die diese Politik vertreten, machen sich schuldig."

Die gerade von der OECD veröffentlichten Ergebnisse der Waldschadenserhebung in 30 europäischen Ländern belegten, dass - mit Schwerpunkt in Italien - der Anteil geschädigter Waldbäume weiter zunehme.

Im August 1999 zeigten 63,7 Prozent von 128.977 untersuchten Bäumen an 9.892 Standorten Kronenverlichtungen. Europaweit am schwersten betroffen sei die Tanne mit 86,3 Prozent Gesamtschaden und 43,4 Prozent schwer geschädigten Bäumen. Ihr folge die Stieleiche mit 82,6 Prozent beziehungsweise 28,5 Prozent. Danach folge die Buche, die in Deutschland am schwersten betroffen sei mit 77,8 Prozent beziehungsweise 24,2 Prozent. Bei Fichte mit 73,6 bzw. 34,8 Prozent und Waldkiefer mit 65,6 bzw. 14,6 Prozent schein das Fortschreiten der Krankheit zum Stillstand gekommen zu sein. Eine Besserung sei aber nicht zu erkennen.

Der Anteil kranker Bäume im deutschen Wald sei um 2 auf 65 Prozent gestiegen, der der schwer kranken um 1 Prozent auf 23. Nachdem sich beim Zustand der Eiche ein Trend zur Besserung fortgesetzt habe, sei jetzt die Buche am schlimmsten betroffen. Bei der häufigsten Baumart in Deutschlands Wäldern, der Fichte, seien nach leichter Zunahme 25 Prozent schwer und insgesamt 66 Prozent krank.

Alle Angaben seien weiterhin durch zahlreiche von der Politik vorgegebene Erhebungsfehler geschönt. Den bedeutendsten stelle weiterhin die Beschränkung der Datenerhebung auf die Einschätzung der Kronenverlichtung (noch) stehender Bäume dar.

Eine Sortierung der Ergebnisse nach alten und neuen Bundesländern zeige, dass die Schäden in der ehemaligen DDR von 1992 bis 1996 deutlich zurückgegangen seien, während sich ein entsprechender Trend in den alten Bundesländern nur angedeutet habe.

Die Ursache sei wohl die deutliche Verbesserung der Luftqualität nach dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und beginnende Emissionskontrollen gewesen. Seit 1996 stiegen die Schäden in Ost und West gleichermaßen.

Dramatisch ist nach Ansicht des BUND die seit Jahren immer wieder bestätigte Entwicklung der Bodenschäden durch Versauerung und Stickstoffeintrag. Hierzu sei es wenig hilfreich, wenn die Landwirtschaftsminister immer wieder darauf hinwiesen, dass der Eintrag von Stickstoff aus der Landwirtschaft ein großes Problem sei. Vielmehr sei es angebracht, dass alle Minister, die Landwirtschaft und Forsten in ihrem Ressort vereinigen, diese bizarre Bewußtseinspaltung bezüglich ihrer Verantwortung überwinden und Lösungen einleiten würden.

Helmut Klein: "Das weitere Fortschreiten der sichtbaren Schäden an den Bäumen und das zunächst verborgene Fortschreiten der Bodenschäden sind alarmierend, zumal sie von fast allen Bundesländern als schwerwiegend beurteilt werden. Das jährliche gebetsmühlenhafte Verkünden der neuesten Schadensbilanz wird dem Problem ebensowenig gerecht wie der Umgang dieser Gesellschaft mit Klimaänderung, BSE und Atommüll."

=====

**Nationalpark  
Wattenmeer:  
Ergebnisse der  
Ökosystemforschung  
vorgelegt**

Christian Schwarzenholz  
PDS Landtagsabgeordneter  
in Niedersachsen

Miesmuschelfischerei ist danach Mitverursacher des Absterbens der Muschelbänke. In der Umweltausschusssitzung des Landtages hat das Umweltministerium die Ergebnisse der Ökosystemforschung Wattenmeer in einem Zwischenbericht die Studie „ELWAT - Elastizität des Ökosystems Wattenmeer“ vorgestellt. In dieser Studie werden die ökologischen Zusammenhänge im Wattenmeer untersucht und die Auswirkungen menschlicher Einflüsse teilweise bewertet. In diesem Zusammenhang enthält die Studie fachlich und politisch äußerst brisante Feststellungen zur Entwicklung der ökologisch außerordentlich wertvollen Miesmuschelbänke. In der Studie heißt es dazu u.a.:

„Miesmuschelbänke bieten zahlreichen Tier- und Pflanzenarten Unterschlupf oder Anheftungssubstrat und sind daher ein besonderer Lebensraum im Wattenmeer ... Derzeit ist die Bestandsentwicklung allerdings rückläufig, was von der Miesmuschelfischerei mit verursacht wird. Im ostfriesischen Wattenmeer hat die Fläche der Miesmuschelbänke in den letzten 20 Jahren von 51 km<sup>2</sup> auf 13 km<sup>2</sup> abgenommen...“

Diese Ergebnisse sind bestürzend und alarmierend. Die Ökosystemforschung, die mit zweistelligen Millionenbeträgen die gründlichste bisher vorgenommene Untersuchung des Wattenmeeres ist, muss äußerst ernst genommen werden. Es müsse die endgültige Einstellung der Miesmuschelfischerei im Wattenmeer als notwendige Konsequenz geprüft werden. Für die davon betroffenen wenigen Fischerfamilien dann eine sozialverträgliche Entschädigungsregelung zu treffen.

=====

Im Jahre 2002 findet die UNO-Sondergeneralversammlung statt, um zehn Jahre nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro Bilanz zu ziehen - möglichst mit allen Regierungschefs jener 178 Staaten, die 1992 die Dokumente zur globalen Nachhaltigkeitsstrategie unterzeichnet haben. Im Mai 2000 mußte UNO-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Millenniums-Report" ein Dokument des Versagens präsentieren" und mahnen, es gebe allen Grund, "unangenehme ökologische Überraschungen" zu befürchten, weil bisher "zu wenig, zu zaghaft und zu spät" reagiert worden sei. (Die Zeit, Nr. 21/2000, S. 32)

Wir sind der Meinung, diese Einschätzung ist ebenso berechtigt wie notwendig. Sie gilt prinzipiell für die Herrschenden "oben" wie für die Mehrheit "unten", weil aller Einsatz der Verantwortungsbewußt für die Menschheit handelnden Kräfte bisher nicht die erforderlichen Ergebnisse erbracht hat. Alle seriösen Analysen der sozialökologischen Entwicklung seit 1992 belegen eindeutig: Die Selbstbedrohung der Menschheit durch weiter fortschreitende Vernichtung ihrer natürlichen und die Destruktion ihrer gesellschaftlichen Lebensgrundlagen hat sich in diesen acht Jahren weiter verschärft. Der uns verbleibende Zeit- und Handlungsraum für eine Umkehr wird immer enger. Daher wird dieser zweite Erdgipfel zweifellos eine der wenigen noch verbleibenden Chancen sein, der sich zuspitzenden Existenzbedrohung der Menschheit mit größerer Zielklarheit und Wirksamkeit von möglichst vielen Kräften und Gruppierungen entgegenzuwirken als bisher. Diese Chance darf nicht vertan werden!

Wir sind der Meinung, möglichst viele verantwortungsbewußte Menschen müssen aktiv werden, damit der zweite Erdgipfel im Jahre 2002 tatsächlich die allein rettende sozial-ökologische Wende einleitet. Im Bewußtsein unserer Mitverantwortung laden wir alle für uns im Raum BerlinBrandenburg erreichbaren politischen, sozialen, ökologischen, religiösen und weiteren zivilgesellschaftlichen Personen und Kräfte zu einer BEGEGNUNG ein, in der als erster Schritt in einem offenen, toleranten Meinungs-austausch gemeinsam eine Antwort auf die Frage gesucht wird: Welche Aktivitäten sind geeignet, die Öffentlichkeit für ein Engagement zum Gelingen des zweiten Erdgipfels zu stimulieren? Wir denken, jeder Vorschlag, jede Anregung ist willkommen und verdient wohlwollende Prüfung. Wir laden alle zur Begegnung ein, die sich - gleich welcher-"Fasson" sie auch immer sein mögen - mit uns in der Verantwortung sehen, einen Beitrag zum Erhalt des Lebens auf unserem Planeten zu leisten. Wer an diesem Arbeitskreis teilnehmen will sollte sich an die Landesgeschäftsstelle der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 53, 14467 Potsdam. Telefon: 0331/ 71 95 91; Fax: 0331/ 71 95 92; E-mail: luxembbg@t-online.de Mit freundlichen Grüßen verbleiben die Mitglieder des Arbeitskreises "Globale Prozesse" der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.

**"Für einen  
erfolgreichen  
Erdgipfel im Jahre  
2002" Einladung  
zur BEGEGNUNG**

## Kurznachrichten

### **BUND: EU-Grünbuch ist nicht grün - EU-Kommissarin setzt auf Atomenergie statt auf erneuerbare Energien**

Weitere Informationen:

Walter Jungbauer,  
Daniel Mittler, BUND-Referent für Internationales,  
Tel. 030-27586-468  
eMail: presse@bund.net,

### **Naturschutz und Landschaftspflege als Quelle gemeinnütziger Arbeit** von Dr. Horst Kittner

Berlin/Brüssel: Mit dem heute in Brüssel von der europäischen Energiekommissarin Loyola de Palacio vorgelegten Grünbuch zur Sicherung der Energieversorgung konterkariert die Kommissarin nach Ansicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) richtige Ansätze für eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik.

Renate Backhaus, atompolitische Sprecherin des BUND-Bundesvorstandes: "Wenn die EU-Kommissarin noch immer behauptet, Atomkraft sei eine ökologische Antwort auf die Gefahren des Klimawandels, muss man ihre Kompetenz und Glaubwürdigkeit ernsthaft in Frage stellen. Sie benutzt in sträflicher Weise die Angst der Bevölkerung vor dem Klimawandel, um von den Gefahren der Atomenergie abzulenken. Die Aussage pro Atomenergie steht im krassen Widerspruch zur Haltung der EU bei den Verhandlungen in Den Haag. Dort hat die EU nachdrücklich dagegen gekämpft, den Bau von Atomkraftwerken als Klimaschutzmaßnahme anzuerkennen."

Der einzig richtige Weg zu einer klimaschonenden und umweltfreundlichen Energieversorgung auf EU-Ebene ist nach Ansicht des BUND die massive Förderung regenerativer Energien bei gleichzeitiger Weiterentwicklung von Energieeffizienz und deutlicher Energieeinsparung. Die EU selbst habe bereits in ihrem Weißbuch von 1997 die Verdoppelung des Anteils regenerativer Energien am Primärenergieverbrauch auf 12% bis zum Jahre 2010 angekündigt. Diesen Ansatz müsse das Grünbuch weiterentwickeln.

Backhaus: "Wenn man nüchtern analysiert, wird man feststellen, dass die Atomkraft Teil des Klimaproblems ist und nicht Teil seiner Lösung. Jede Mark, die für die Atomenergie ausgegeben wurde, fehlte für Investitionen in eine neue Energiepolitik, die die Klimazerstörung reduziert, ohne sie gegen die inakzeptablen Gefahren der Atomkraft auszutauschen."

Statt dessen sei das Geld in eine Technologie geflossen, die durch immense Unfallgefahren und die ungelöste Atommüllproblematik ein unvertretbares Gesundheitsrisiko für heutige und zukünftige Generationen darstelle.

Backhaus: "Nach dem Scheitern des Klimagipfels von Den Haag ist gerade die EU klimapolitisch gefordert. Das vorliegende Grünbuch versagt angesichts dieser Herausforderung. Die deutsche Politik muss in Brüssel deshalb auf eine entschiedene Nachbesserung drängen."

=====

In der Tarantel Nr. 11 habe ich im Artikel "Landbewirtschaftung und die Aufgaben in Naturschutz und Landschaftspflege" festgestellt, daß zur Zeit nur ca. 10% der notwendigen Arbeiten in Naturschutz und Landschaftspflege aus finanziellen und politischen Gründen ausgeführt werden können. Der gemeinnützige Charakter dieser Aufgaben wurde erläutert und die Notwendigkeit der Umlagefinanzierung (Förderung) nachgewiesen. - Der Grundgedanke war: unter marktwirtschaftlichen Zwängen kann Gemeinnützigkeit nur unzureichend gesichert werden. Den Kubikmeter saubere Luft z.B. kann man eben nicht vermarkten und ebensowenig auf seine "Produktion" verzichten. Ferner wurde im genannten Artikel festgestellt, daß, wenn "Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlt wird", große Arbeitskraft- und Geldreserven im Interesse vielseitiger Gemeinnützigkeit erschlossen werden können.

Als ein wesentlicher Begrenzungsfaktor für die bedarfsgerechte Ausführung von Naturschutz- und Landschaftspflegearbeiten werden, neben den Finanzierungsproblemen, die aktuellen Besitzstände am Boden und die damit verbundenen Interessenlagen gesehen. Der kleine Landbesitzer spürt hier u.a. schmerzhaft die Auswirkungen neoliberaler Politik der Risikoverlagerung in private Bereiche. Wir sagen deshalb: Naturschutz und Landschaftspflege sind gemeinnützige Aufgaben und müssen in gesellschaftlicher Verantwortung wahrgenommen werden.

Das ist aber nur möglich, wenn ein kommunaler Bodenfonds geschaffen wird, auf dem ein komplexes Biotopverbundsystem geschaffen werden kann. Dieser umfaßt ca. 10 bis 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Nur die Kommune kann, das besagen meine Erfahrungen als aktiver Landschaftsgestalter, eine so gewaltige Aufgabe planmäßig entwickeln und - vor allem - nachhaltig die Bewirtschaftung sichern. Der Interessenausgleich mit den Landbewirtschaftern/-besitzern muß durch zügige Flurneuerung in kommunaler Initiative geschaffen werden. Der Gesetzgeber muß die Voraussetzungen schaffen, daß die für den Biotopverbund benötigten Flächen durch Tausch und Kauf dem kommunalen Bodenfonds zugeführt werden können. Das bedeutet, daß man eine Landschafts-/Biotoverbundplanung durchführen muß, die die Verbindlichkeit einer Flächennutzungsplanung erhält.

So entstehen im Offenlandschaftsbereich zwei unterschiedliche Kategorien des Bodenfonds in bezug auf ihre Bewirtschaftung:

1. Flächen der Land- und Forstwirtschaft mit mehr oder weniger intensiver Bewirtschaftung unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und einer Umlage-Teilfinanzierung nach ökologischen Kriterien für die jeweiligen Bewirtschafter.
2. Der Gemeinnützigkeit "Dienende Flächen", die dem Biotop- und Artenschutz, Erosions- und Klimaschutz, i.a. der Kulturlandschaftspflege, in einem

Verbundsystem dienen, und deren Bewirtschafter keinen marktwirtschaftlichen Zwängen unterliegen.

Bei den derzeitigen Diskussionen um die Zukunft der Forstwirtschaft, - die, ja ein Ausdruck von Rivalitäten bei der Erfüllung von ökologischer (landeskultureller) und ökonomischer Funktion der Wälder sind, drängt sich sogar der kühne Gedanke auf, auch die Wälder dem kommunalen "Dienenden Flächenfond" zuzuordnen. Dafür gibt es noch andere Gründe: die Baum- und Strauchhecke in der offenen Landschaft sollte, wie ich das im o.g. Artikel dargestellt habe, als Waldfläche anerkannt werden. Auch die Fachkompetenz der Forstleute ist unter diesen Bedingungen ein gewichtiges Argument für eine enge Kooperation zwischen Forstwirtschaft und Landschaftsgestaltung. Um es auf den Punkt zu bringen: ich kann mir den kommunalen Förster und Waldarbeiter sehr gut vorstellen, zumal die enormen Arbeitskräfte reserven des "gemeinnützigen Beschäftigungssektors" auch im "konjunkturbedrohten" Wald Wunder bewirken könnten. Das wäre sicher ein Idealbild gleichermaßen ökologischer wie sozialer Entwicklung.

Eine weitere wichtige Frage ist: ist es nicht besser, dem Landbewirtschafter oder -besitzer weiterhin die Verantwortung für die "Dienenden Flächen" zu überlassen? Dem stehen folgende Erwägungen und Erfahrungen entgegen:

1. Die Tendenz zur Schaffung eines "dienenden Bodenfonds" ist nicht mehr zu übersehen. In erheblichem Umfang werden zu Naturschutzzwecken, zuweilen noch unter Gesichtspunkten des "Oasen-Naturschutzes", Flächenkäufe durchgeführt. Warum sollte man nicht diese Aufkäufe zur Sicherung des "Naturschutzes auf der ganzen Fläche" und zur Bildung der "dienenden Bodenfonds" in den Kommunen verstärkt fortführen, wenn die Besitzer das weiterhin wünschen?

2. Eine nicht geringe Anzahl von Landbewirtschaftern/-besitzern befürwortet durchaus die Gestaltung des Biotopverbundes. Sie sind aber, aus unterschiedlichsten Gründen, nicht bereit, z.B. die Verantwortung für Pflanzung und Pflege von Baumhecken zu übernehmen. Auch die langfristige Stilllegung ist, wenn über die 20 Jahre hinaus gedacht wird, zuweilen kein überzeugendes Argument. Einzige glaubwürdige Alternative in diesen Fällen ist die Übernahme der Flächen durch die Kommune.

3. Die Erschließung dieses enormen, und angesichts der lokalen und globalen ökologischen Probleme bedeutungsvollen, Arbeitspotentials, ist außerhalb der kommunalen Verantwortung kaum denkbar. Da ist ein großer Komplex von hoheitlichen bis organisatorischen Aufgaben zu lösen, die ein Wirtschaftsbetrieb oder ein Verein nicht bewältigen kann. Allerdings sollte auch auf die koordinierte Mitwirkung von Betrieben und Vereinen unter kommunaler Federführung nicht verzichtet werden.

4. Überall dort, wo bereits jetzt ein hohes Maß an kommunaler Verantwortung in Naturschutz und Landschaftspflege wahrgenommen wird, kann festgestellt werden, daß gute, vor allem nachhaltig gesicherte, Pflanzungen etc. entstanden sind. Denn in dem Gefühl, das ist "unser Biotopverbund", steckt sehr viel Nachhaltigkeitsgarantie.

5. Die Möglichkeit der Kommunen, in einem bisher kaum gekannten Umfang soziale Probleme lösen zu können, dürfte eine erhebliche Stimulationswirkung für die Übernahme kommunaler Verantwortung in 'Naturschutz und Landschaftspflege durch die Kommunen haben.

6. Der "Gemeinnützige Kommunalbetrieb" erledigt bereits jetzt Teilaufgaben in der Landschaftspflege. Mit der Übernahme der Verantwortung für den "Dienenden Flächenfond" wird der Betrieb erheblich gestärkt und schon erworbene Sachkenntnis bekommt nützliche Entfaltungsmöglichkeiten. Der Gesichtspunkt "Sachkenntnis" scheint mir besonders wichtig zu sein. Der Rahmen der entstandenen und noch entstehenden Großkommunen bietet ein Maß von Konzentration, das einen ausreichenden Wirkungsraum für Spezialisten bietet; erst recht, wenn dann noch ein Zusammenwirken mit der Forstwirtschaft zustande käme.

Die Reihe der Begründungen für einen "Gemeinnützigen Kommunalbetrieb" kann sicher noch fortgesetzt werden, besonders, wenn man noch die vielen anderen Felder der Gemeinnützigkeit in die Betrachtungen einbezieht. Schon das Beispiel der Landschaftsgestaltung zeigt: bei der komplexen Lösung sozialer und ökologischer Probleme ist diese Version alternativlos. - Die Inanspruchnahme der Finanzierung durch die Arbeits- und Sozialämter, reduziert den Bedarf an Fördermitteln für Naturschutz und Landschaftspflege. Gleichzeitig ergeben sich Chancen für eine, schon längst überfällige, Entbürokratisierung der Fördermittelvergabe. Die Kommunen sollten nach einem Kennziffer-Vergabeschlüssel pauschale Fördermittelzuweisungen erhalten. Über deren Verwendung sollte in eigener Verantwortung in den Kommunen entschieden werden.

Mit diesem Beitrag soll die Forderung der PDS nach einem "öffentlichen Beschäftigungssektor" durch die Schilderung eines konkreten Beispiels untermauert werden. Am Modell des "Gemeinnütziger Kommunalbetriebs" sollte die Einbeziehung weiterer gemeinnütziger Bereiche in diesen Betrieb diskutiert werden. Mit der Anzahl der Aufgaben wächst auch die Chance zur Entwicklung dieser Betriebe im Sinne des von der PDS propagierten öffentlichen Beschäftigungssektors.

=====

## Kurznachrichten

### **Ökologischer Umbau kaum im Bundeshaushalt 2001 zu finden**

Eva Bulling-Schröter,  
Umweltpolitische  
Sprecherin der PDS-  
Bundestagsfraktion

### **„Alleebäume und sonstiges Strassenbegleitgrün schützen und gestalten“**

**Positionspapier der AG Umwelt beim Landesvorstand der PDS Brandenburg**  
von Peter Engert,  
Fürstenwalde, Mitglied  
der Fraktion der PDS  
Kreistages des  
Landkreises LOS

Der postulierte Einstieg in einen ökologischen Umbau ist weiterhin unglaubwürdig. Der Umweltetat soll zwar um 2,7 Prozent steigen. Der Anstieg resultiert aber vor allem aus dem Anstieg der Ausgaben im Endlagerbereich um 20,5 Mio. DM. Ohne diesen Sonderfaktor sinkt der Stammhaushalt des Umweltetats, also die Ausgaben, die mit dem Umweltschutz im engeren Zusammenhang stehen, um 0,4 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß schon im laufenden Haushalt 2000 der Einzelplan 16 mit 3,4 Prozent zum sogenannten Konsolidierungspaket beitragen mußte. Dabei wurde der Stammhaushalt sogar um 7,3 Prozent gekürzt.

Der Umwelt-Etat 2001 liegt im Vergleich zum letzten Etat der Kohlregierung im Jahre 1998 um 7,8 Prozent niedriger. Zudem sind weitere Kürzungen geplant: Vom Jahr 2000 bis zum Jahre 2003 soll der Stammhaushalt des BMU insgesamt um 95,8 Mio. DM reduziert werden. Die Kürzungen gehen insbesondere zu Lasten der Programmmittel im Naturschutzbereich und auf Kosten der Investitionen zur Verminderung der Umweltbelastung.

Im Etat 2001 sind für das BMU Stellenkürzungen in Höhe von 1,5 Prozent vorgesehen. Dies wird, wie schon im laufenden Haushaltsjahr, zu einem Wegfall von 36 Stellen führen.

Der Ausstieg aus der Atomenergie findet sich im Umweltetat kaum in den Zahlen wieder. Während bei der Endlagerproblematik in Deutschland herumlaviert wird, plant die Bundesregierung indirekt die Unterstützung der Fertigstellung von Atomkraftwerken im Ausland. Die Fortführung der ökologischen Steuerreform schafft keine zusätzliche Finanzierungsgrundlage für den ökologischen Umbau, weil deren Einnahmen kaum für den ökologischen Umbau, sondern fast vollständig für die Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werden.

=====

Strassenbäume sind in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt. Als Alleen stehen sie in Brandenburg unter dem Schutz des Naturschutzgesetzes. Dass die Alleebäume neben der Prägung des Landschaftsbildes auch wichtige ökologische Funktionen haben, ist unumstritten. Die Sorge um ihren Erhalt ist jedoch begründet. Sie resultiert daraus, dass Verkehrsplaner in den Alleebäumen ein erhebliches Gefahrenpotential sehen, das vor allem die Schwere von Unfällen erhöht, und dass ein großer Teil der brandenburgischen Alleebäume bereits ein hohes Alter erreicht haben (Pflanzperioden waren vor allem nach 1880 und 1920).

Durch Baumaßnahmen im Wurzelbereich, Abgase, Tausalze und andere Einflüsse sind viele Bäume bereits schwer geschädigt. Hinzu kommt, dass über viele Jahre kaum eine Baumpflege betrieben wurde, was nach 1990 durch verstärkte Schnittmaßnahmen ausgeglichen werden sollte. Dabei wurden (und werden) den Bäumen schwere und schwerste Wunden beigefügt, die das Absterben beschleunigen. Die meisten unserer Alleen werden dadurch in den nächsten 20 bis 30 Jahren abgängig sein.

Trotz der Arbeit an einem neuen Alleen-Erlass ist die Landesregierung auf diese Situation noch nicht eingestellt. Es fehlt ein Programm zur planmäßigen Erhaltung und Erneuerung der Alleen, das möglichst schnell unter maßgeblicher Mitwirkung brandenburgischer Fachleute erarbeitet werden soll. In seinen Eckpunkten könnte es etwa so aussehen: Bei Beseitigung von Alleen durch Baumaßnahmen ist unabhängig von der Straßenkategorie eine neue Allee zu pflanzen. Dies trifft auch auf Straßen innerhalb von Wäldern zu. Alleebäume verhindern, dass Bäume aus dem Waldbestand dem Lichte zustrebend schräg über die Fahrbahn wachsen und zur Gefahr für den Verkehr werden. Der Abstand von der Fahrbahnkante sollte dabei so gewählt werden, dass einerseits der alleentypische Kronenschluss möglichst zustande kommt, andererseits aber auch den Erfordernissen der Verkehrssicherheit Rechnung getragen wird. - An aus der Sicht der Verkehrssicherheit besonders brisanten Stellen sind Alleebäume und Verkehrsteilnehmer durch Leitplanken voneinander zu schützen. Beim Abgang einzelner Bäume ist nachzupflanzen, solange der Größen- und Altersunterschied der bestehenden Alleebäume und der Nachpflanzungen unerheblich ist. Bei der Pflanzung sollten vorrangig einheimische Baumarten regionaler Herkunft zum Einsatz kommen. Bei älteren Alleen lohnt ein Nachpflanzen in einzelnen Baumrücken nicht mehr.

Durch notwendige Fällungen oder natürlichen Abgang reduziert sich der Bestand immer mehr. Wenn dieser schließlich weniger als 40 % des ursprünglichen Bestandes beträgt, sollte die gesamte Allee erneuert werden.

Bei der Erneuerung lässt man einzelne Altbäume als Überhälter stehen und pflanzt daneben die neue Allee. Erst wenn die neuen Bäume einen grösseren Kronendurchmesser erreicht haben (10 bis 15 Jahre nach der Pflanzung), werden auch die Überhälter gefällt. So wird gewährleistet, dass die Kronen bewohnende Tierarten auf die neuen Bäume übersiedeln. Beim Neubau von Straßen auf neuen Trassen sind diese nach ökologischen Kriterien zu begrünen. Dies beinhaltet sowohl die Pflanzung von Alleen, Baumreihen, Baumgruppen,

Einzelbäumen, Strauchgruppen und Strauchflächen, als auch die gezielte Duldung und Förderung von Spontanvegetation.

Aus ökologischer und landschaftsästhetischer Sicht reicht es jedoch nicht aus, Erhaltung und Pflege des Strassenbegleitgrüns auf die Bäume zu beschränken. Der vollständige Streifen zwischen dem Fahrbahnrand und der benachbarten Nutzfläche (Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Entwässerungsanlagen und Böschungen), der in seiner Flächenausdehnung nicht selten die eigentliche Fahrbahn übertrifft, ist einzubeziehen. Für seine Pflege ist der Strassenbaulastträger zuständig. Zum Strassenbegleitgrün gehört neben den Bäumen der gesamte Bestand an Sträuchern und krautigen Pflanzen. Sein Pflege wird bisher zumeist nur durch ökonomischer Kriterien bestimmt.

Da das Strassenbegleitgrün nahezu vollständig im Besitz der öffentlichen Hand (z.B. Gebietskörperschaften) ist, bietet es sich geradezu an zur Schaffung ökologischer Beispielflächen. Es besitzt eine große Bedeutung für den Biotopverbund. Für viele Pflanzen- und Tierarten stellt das Strassenbegleitgrün in strukturarmer Landschaft das letzte Rückzugsgebiet dar. Es bereichert die Landschaft und führt den Strassennutzern die Schönheit des Wildwuchses vor Augen. Somit trägt es zur touristischen Attraktivität Brandenburgs bei. Damit das Strassenbegleitgrün diese Funktionen erfüllen kann, sind folgende Regeln zu beachten:

- Vermeidung von Eintönigkeit und Einheitsgestaltung bereits bei der Anlage von Böschungen und Geländeprofilen (z.B. Neigungswinkel)
- Duldung von spontaner Vegetation. Natürlich angesamte Bäume und Sträucher gedeihen nicht nur besser als die angepflanzten, sie werden vor allem auch völlig kostenlos von der Natur „geliefert“.
- Zonierung in einen Intensivbereich (Bankett) mit jährlich dreimaliger Mahd vorrangig nach Gesichtspunkten der Verkehrssicherheit, eine Wiesenzone mit ein- oder zweimaliger Mahd nach vorrangig ökologischen Gesichtspunkten und eine Zone der Ruderal- und Hochstaudenfluren und Gehölze mit nur herbstlicher Pflege im Abstand mehrerer Jahre. Das schafft die Voraussetzung für die Entwicklung zahlreicher Insekten- und anderer Tierarten.
- Entfernung des Mähgutes zur Aushagerung der Wiesenflächen. Dadurch werden Schwachwüchsiger, aber artenreiche Pflanzengesellschaften gefördert und auf lange Sicht der Mähaufwand und damit die Pflegekosten verringert. Das häufig praktizierte Mulchen führt dagegen zur Nährstoffanreicherung und zur Vergrößerung des Mähaufwandes bei gleichzeitiger Verringerung der Artenvielfalt.
- Mähgut möglichst ein bis drei Tage nach dem Mähen entfernen, um Kleintieren die Flucht aus dem plötzlich unwirtlich gewordenen Lebensraum zu ermöglichen
- Kein Schreddern von Gehölzschnitt, sondern dessen Ablage zum Verrotten in der Gehölzzone.
- Kontinuierliche Baumpflege (Pflanzschnitt, regelmäßiger Erziehungschnitt), um spätere gravierende Eingriffe in die Baumstruktur zu vermeiden.

Insgesamt ermöglicht das Strassenbegleitgrün, Beispielflächen für den Naturschutz „vor der Haustür“ zu schaffen. Dazu bedarf es aber einer Ökologischen Wende der Verantwortlichen und einer Abkehr von der rein ökonomischen Sicht. Dies hat auch personelle Konsequenzen. Anstelle der Vergeudung von Steuergeldern durch hochtechnisierte Pflegefirmen ergeben sich im Straßenwesen Einsatzmöglichkeiten für gut ausgebildete Natur- und Landschaftspfleger /-pflegerinnen, die z.B. als Beschäftigte der Strassenämter eigenverantwortlich die optimale Pflege zum richtigen Zeitpunkt und der Strukturvielfalt entsprechend auch kleinräumig gewährleisten. Entsprechend seiner ökologischen Bedeutung sollte das Grün beiderseits der Strassen wenigstens die gleiche Aufmerksamkeit erfahren, wie die Fahrbahn.

## **Ökologiebewegung**

### **"Steigbügelhalterin der Atomindustrie" Anti-AKW-Gruppen brechen mit den Grünen**

von Uwe Witt  
Mitarbeiter von MdB Eva  
Bulling-Schröter.

Globus-Studie im Internet  
Greenpeace-Studie im  
Internet  
Infos unter: Tel. 05176-  
9200042  
bzw. forum-nro@gmx.de

Was lange in der Luft lag, scheint Realität zu werden. Wesentliche Teile der Atomkraftgegnerinnen und -gegner wollen sich von der traditionellen Nähe zu Bündnis 90/Die Grünen lösen. Von der Partei, die einst aus den Wurzeln des Kampfes gegen Atommeiler und Endlager emporstieg, haben sie nach deren Parteitag endgültig die Nase voll. Auf der Frühjahrstagung der Anti-Atom-Initiativen Anfang April in Mülheim an der Ruhr wurde deshalb Fraktur geredet. Die Grünen seien von einer Ausstiegspartei zur Steigbügelhalterin der Atomindustrie mutiert, so eine Presseerklärung der Initiativen. Historische Aufgabe der Partei sei es nunmehr, den Atomkonflikt zu befrieden, um so einen ungestörten Weiterbetrieb der Anlagen zu ermöglichen. Als Gegenstrategie müsse von der Anti-Atom-Bewegung "eine radikale Kritik am Konsensnonsens" organisiert werden.

Welch aberwitzige Form die Atompolitik von Rot-Grün inzwischen annimmt, zeigte sich am gleichen Wochenende: Ein zwanzigstes Atomkraftwerk wurde in Deutschland entdeckt. Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Klaudia Martini (SPD) sehe sich möglicherweise gezwungen, für die vor zwölf Jahren stillgelegten RWE-Meiler in Mülheim-Kärlich eine Betriebsgenehmigung zu erteilen. Egal, ob diese dann tatsächlich ans Netz gehen oder nicht - das AKW würde als zusätzliches Kraftwerk in das Ausstiegskonzept eingegliedert werden. Dadurch würde sich allerdings rechnerisch die Gesamtlauzeit von 30 Jahren auf 32 Jahre verlängern, so Martini. Das letzte AKW würde dann wohl kaum in 18, sondern erst in 20 Jahren abgeschaltet.

Zum Thema Atom durfte die Öffentlichkeit zwei Wochen vorher in der Zeitung lesen, dass der rot-grüne Ausstieg jetzt erst mal mit einem Einstieg beginnt. Und zwar mittels Hermescredits. Die wurden mit Billigung des grünen Außenministers beschlossen und sollen den Export von Siemens-Technik für ein neues Atomkraftwerk in China absichern. Die Delegierten des Grünen-Parteitags hat es ein paar Tage später anscheinend nicht berührt, dass dieser Deal von Fischer und Trittin vor der Basis geheim gehalten wurde. Sie segneten trotzdem das Jahrzehnte-Ausstiegs-Konzept der beiden ab. Besonders pikant wird das grüne Rumeiern durch das Gutachten 2000 des Umweltrates bei der Bundesregierung. Nach Feststellung der mehrheitlich konservativen Professoren ist das Entsorgungsproblem nicht zu lösen. Und zwar objektiv nicht zu lösen, weil irgendwann radioaktive Gase auch durch die besten Behälter dringen und in die Atmosphäre gelangen werden.

Während SPD und Grüne den Konsens feiern, besinnen sich CDU/CSU und FDP des Klimaproblems. Den langen Abschied vom Atomstrom wollen sie noch ein wenig verlängern. Wie sollen denn bitteschön die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele erreicht werden, wenn die AKW abgeschaltet und zum großen Teil durch Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen ersetzt werden? Und kann überhaupt die Versorgungssicherheit gewährleistet werden? Das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie hat sich 1998 in einer Studie für die Globus-Redaktion des Westdeutschen Rundfunks diesem Thema gewidmet (Globus-Studie).

Im Jahr 1997 betrug die höchste im Netz der öffentlichen Versorgung nachgefragte Leistung 72,3 Gigawatt (GW). Es war der 4. Dezember 1997 um 17:45 Uhr. Dem stand eine Kraftwerks- und Bezugsleistung von insgesamt 109,9 GW gegenüber. Zieht man 14,6 Gigawatt ab, die wegen aktiver Reserveleistung, geringen Wasserstandes, Wärmeauskopplungen oder Vorhaltungen für Lieferungen an das Ausland nicht zur Lastabdeckung zur Verfügung standen, so ergibt sich hieraus zum Zeitpunkt der Höchstlast eine nicht benötigte Leistung von zirka 23 GW. Diese Menge heißt, die Höchstlast im Jahre 1997 hätte theoretisch auch ohne den Einsatz von Kernenergie abgedeckt werden können.

Allerdings nur theoretisch, denn zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgungssicherheit halten es Experten für notwendig, rund 15 Prozent der installierten Höchstlast in Reserve zu haben. Deshalb müssten Kapazitäten für rund 3,3 GW geschaffen werden, wenn alle AKW vom Netz gingen. Das sollte nach Meinung der PDS bis zum Jahr 2005 geschehen sein. Bis dahin wäre der Bau von entsprechenden Gas- und Dampf-Turbinen-(GUD)Kraftwerken ohne Probleme zu bewerkstelligen und damit die Versorgung gewährleistet.

Die zweite, ernster zu nehmende Frage lautet: Ist der Ausstieg ohne zusätzliche Belastung für das Klima zu vollziehen? Die Wuppertaler Fachleute prognostizieren beim gegenwärtigen Trend (technische Entwicklung, Anwachsen der Kraft-Wärme-Kopplung, leichter Rückgang der Kernenergie etc.) eine mögliche Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von 26,1 Prozent. Diese Zahl bezieht sich nur auf den Stromsektor. Soll auch der Gesamtausstoß von CO<sub>2</sub> in der Volkswirtschaft sinken, dürfte der Verkehr nicht so anwachsen wie in den letzten Jahren.

Bei einem Ausstieg aus der Atomenergie ergibt sich dagegen bis um Jahr 2005 ein zusätzlicher CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 1,4 Prozent gegenüber 1990.

Das macht gegenüber dem Szenario mit Kernenergie einen Unterschied von immerhin 37,2 Prozent aus. Um weiteren Schaden für das Klima abzuwenden, muss der Ausstieg aus der Atomwirtschaft aktiv flankiert werden. Notwendige Maßnahmen (in der Reihenfolge ihrer Wirksamkeit) wären hier:

- verstärkte Stromeinsparung (etwa zwei Prozent im Jahr würden etwa die Hälfte der benötigten Einsparungen abdecken),
- erhöhter Erdgasbeitrag zur Stromerzeugung - an Stelle von Kohlekraftwerken;

- mehr GUD-Kraftwerke und stärkerer Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (das ergäbe ein Drittel der benötigten Einsparungen),  
- stärkerer Ausbau der Windenergie,  
- Biomassezufuhr in Kohlekraftwerken und Förderung sonstiger erneuerbarer Energien (das könnte den Rest der benötigten Einsparungen abdecken).  
Diese Aufgaben sind die eigentlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Atomausstieg. Aufgaben, die innerhalb der nächsten fünf Jahre zu schaffen sind, wie die Globus-Studie ausführlich untermauert. Zudem könnten mit dem Atomausstieg und dem damit verbundenen Strukturwandel in der Energieversorgung zusätzlich 25.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, so eine gerade erst veröffentlichte Greenpeace-Studie.

=====

*In der Nacht vom 14. auf den 15. Juni 2000 haben sich Bundesregierung und die Vorstands-Chefs der vier größten Stromkonzerne auf einen sogenannten "Atomkonsens" geeinigt. Nach eineinhalb Jahren Verhandlungen wurden in einer umfassenden Vereinbarung die Rahmenbedingungen der zukünftigen Atompolitik festgelegt. Die Einschätzungen über den "Atomkonsens" gehen weit auseinander. Während Regierung und AKW-Betreiber die Vereinbarung in den höchsten Tönen loben, kommt angesichts der unveränderten Gefahren der Atomkraft-Nutzung massive Kritik aus Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen. Ist der Ausstieg aus der gefährlichen Nutzung der Atomkraft jetzt beschlossene Sache oder handelt es sich um einen riesigen Etikettenschwindel? Der Teufel steckt im Detail. Wer sich das Kleingedruckte der Vereinbarung zu Gemüte führt, erkennt, was gespielt wird.*

-----

Leider Nein. In der Vereinbarung mit den Energiekonzernen heißt es: "Die Bundesregierung gewährleistet den ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung." In Zukunft dürfen noch 2.623,3 Terrawattstunden (Milliarden Kilowattstunden) Atomstrom produziert werden. Dies entspricht der Menge, die seit der Inbetriebnahme des ersten Reaktors 1968 in den deutschen Atomkraftwerken hergestellt wurde. So ist das Atomzeitalter in der Bundesrepublik - wenn es nach der Konsens-Vereinbarung geht - gerade auf dem Zenit angekommen. Die AKWs können auf diese Weise bis ans Ende ihrer technischen Lebensdauer betrieben werden.

-----

Eigentlich nirgends. Von der Regierung wird als Erfolg herausgestellt, dass gleich am Beginn der Konsens-Vereinbarung die AKW-Betreiber den Primat der Politik anerkennen. Schließlich "respektieren die EVU die Entscheidung der Bundesregierung, die Stromerzeugung aus Kernenergie beenden zu wollen" und sie verzichten auf eine Entschädigung, wenn die Vereinbarung wie geplant umgesetzt wird. Doch ein Blick in die Frankfurter Allgemeine Zeitung relativiert diese Aussagen. Dort wird kommentiert: "Die Energiewirtschaft verzichtet auf die Errichtung neuer Kernkraftwerke, was sie in absehbarer Zeit ohnehin nicht vorhatte und sie gesteht zu, dass die Laufzeit ihrer Anlagen nicht unbegrenzt ist, was sie ohnehin nie war." Wenn jetzt durch eine Änderung im Atomgesetz der Neubau von AKWs verboten werden soll, so ist das kein Verhandlungserfolg der Bundesregierung. Seit über 20 Jahren wurde hierzulande kein Reaktor mehr in Auftrag gegeben. Und unter den Bedingungen des liberalisierten Strommarktes wird sich dies so schnell nicht ändern. Der "Ausstieg" aus dem Neubau von Atommeilern ist also schon längst vollzogen. Und zwar von den Stromkonzernen selbst, als Resultat des gesellschaftlichen Streits in den 70er Jahren. In der aktuellen Kontroverse geht es um Stilllegung oder Weiterbetrieb der laufenden Reaktoren. Und hier hat sich die Atomwirtschaft auf ganzer Linie mit ihren Vorstellungen durchgesetzt.

-----

Nein. Die Festlegung der zukünftigen AKW-Laufzeiten erfolgt nicht in Jahren, sondern in Strommengen. Abgeschaltet wird also nicht zu einem vorher bestimmten Zeitpunkt, sondern nachdem eine festgelegte Menge Atomstrom produziert wurde. Muß ein Reaktor aufgrund eines Störfalls oder wegen Sicherheitsmängeln eine Zeit lang vom Netz, dann kann er insgesamt entsprechend länger betrieben werden. Otto Majewski, Chef des Bayernwerks, ist begeistert: "Jeder politisch motivierte Anlagenstillstand würde eine Verlängerung der Laufzeit bewirken." Wenn nun überall zu lesen ist, die durchschnittliche Laufzeit der AKWs wäre auf 32 Jahre festgelegt worden, so ist dies falsch. Die vereinbarte Strommenge von 2.623,3 Terrawattstunden könnte nur dann in dieser Zeit produziert werden, wenn die Kraftwerke all die Jahre ohne Pause am Netz wären. Die durchschnittliche Verfügbarkeit der Reaktoren beträgt real aber nur 78%, weil Wartungsarbeiten, Brennelementwechsel und Störfälle immer wieder zu Betriebsunterbrechungen führen. Wird die vereinbarte Strommenge auf die realistische Jahresproduktion umgerechnet, so beträgt die durchschnittliche Laufzeit der Reaktoren

## **Fragen und Antworten zum Atomkonsens**

*Im Folgenden dokumentieren wir ein Material der Initiative Tolstefanz zum Atomkonsens zwischen der Bundesregierung und den Atomindustrie. Es handelt sich um einen Auszug aus einem sehr gut durchdachten und auch für NichtexpertInnen verständlichen Material. Es kann über [tolstefanz@jpberlin.de](mailto:tolstefanz@jpberlin.de) bestellt werden.*

## **Bringt der "Atomkonsens" den Ausstieg aus der Atomkraft?**

## **Wo hat sich die Bundesregierung gegen die Atomindustrie durchgesetzt?**

## **Ist die Berechnung der Laufzeiten realistisch?**



## **Ökologiebewegung**

### **Wozu führt die Flexibilisierung der Laufzeiten?**

nicht 32, sondern mindestens 35 Jahre. Diese Zahl wird auch von den Stromkonzernen bestätigt.

-----  
Zwar wurde in der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Atomwirtschaft für jedes AKW eine genaue Reststrommenge festgelegt. Doch dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass der entsprechende Reaktor nach dem Erreichen dieser Produktionsmenge abgeschaltet werden muss. Denn die Betreiberfirmen haben die Möglichkeit, mit den jeweiligen Strommengen Handel zu betreiben. Sie können von unrentablen auf rentable Atommeiler übertragen werden. "Kein Versorger hat etwas dagegen, veraltete Meiler abzuschalten" schreibt die Financial Times Deutschland. "Die Branche leidet sowieso europaweit an Überkapazitäten. Die neueren Kraftwerke können dann fast bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts billigen Strom produzieren."

### **Wann geht das erste AKW vom Netz?**

-----  
Dies wurde in der Konsens-Vereinbarung nicht festgelegt, sondern bleibt den AKW-Betreibern überlassen. Werden die festgelegten Strommengen voll ausgeschöpft, dann wird vor der nächsten Bundestagswahl kein Atomkraftwerk abgeschaltet. In den nächsten zehn Jahren würden nur vier der 19 deutschen Reaktoren vom Netz gehen. Da aber die ältesten Atommeiler relativ klein sind, ist ihr Betrieb im liberalisierten Strommarkt unrentabel. Sie wurden bisher hauptsächlich deshalb weiterbetrieben, um in den Konsensgesprächen als Verhandlungsmasse zu dienen. Bundesumweltminister Jürgen Trittin mit schwarzem Humor: "Es gibt Reaktoren, die sind nur noch am Netz, weil ich Minister bin." Falls es also bald zu ersten Abschaltungen kommt, ist dies kein Erfolg rot-grüner Atompolitik, sondern dient der Gewinnoptimierung der Stromkonzerne.

### **Wann wird das letzte AKW abgeschaltet?**

-----  
Das Ende der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik wurde in der Vereinbarung nicht festgelegt. Ohne die Möglichkeit der Strommengen-Übertragung würde der letzte Reaktor im Jahr 2021 abgeschaltet. Wenn allerdings unrentable Meiler früher als geplant abgeschaltet werden, lässt sich der Betrieb der neueren AKWs noch um etliche Jahre verlängern.

### **Ist das Ende des AKW Mülheim-Kärlich ein Erfolg?**

-----  
Nein - ganz im Gegenteil. Der Reaktor bei Koblenz steht bereits seit über zehn Jahren still, weil er auf einer Erdbebenspalte errichtet wurde. Eine Wiederinbetriebnahme wäre aufgrund der Gesetzeslage nicht möglich gewesen. Wenn nun die Betreiberfirma RWE das Kraftwerk aufgibt, so ist das nur die Einsicht in die juristische Aussichtslosigkeit. Mit der Konsens-Vereinbarung wird der Schwarzbau vom Rhein nachträglich vergoldet. 107 Terrawattstunden Strom, die in Mülheim-Kärlich nie produziert worden wären, können nun von der RWE auf andere Reaktoren des Konzerns übertragen werden.

### **Wie steht es um die Sicherheitsstandards?**

-----  
Die Vereinbarung zwischen Energieversorgungsunternehmen (EVU) und Regierung regelt auch die Rahmenbedingungen für den weiteren Betrieb der Reaktoren. Die unbeherrschbaren Gefahren sind dabei kein Thema mehr. Jetzt unterschreibt Rot-grün, "dass Kernkraftwerke auf einem international gesehen hohen Sicherheitsniveau betrieben werden." Und weil das so ist, wird die Bundesregierung "keine Initiative ergreifen, um diesen Sicherheitsstandard und die diesem zugrundeliegende Sicherheitsphilosophie zu ändern." Da aber selbst die modernsten Atommeiler real schon heute ungefähr 20 Jahre hinter der aktuellen Sicherheitstechnologie hinterherhinken, wird sich das Risiko künftig Jahr um Jahr erhöhen, ohne dass neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zu einer Verschärfung der Richtlinien führen können. Sicherheitsüberprüfungen - wie sie im rot-grünen Koalitionsvertrag noch jährlich vorgesehen waren - wird es nun nur noch alle zehn Jahre geben. Bei der Festlegung der Prüfbedingungen müssen die AKW-Betreiber zustimmen.

### **Kommt die steuerliche Gleichbehandlung der Atombrennstoffe?**

-----  
Nein, auch zukünftig werden die unterschiedlichen Energieträger verschieden behandelt und Uran bleibt steuerfrei. Die Vereinbarung sieht vor, "die Nutzung der Kernenergie nicht durch einseitige Maßnahmen zu diskriminieren".

### **Wer bestimmt über die zukünftige Atompolitik?**

-----  
Theoretisch beschließt der Deutsche Bundestag die Gesetze, oft auf Vorschlag der Bundesregierung. Nicht so in der Atompolitik. Bei der im Konsens-Papier angekündigten Überarbeitung des Atomrechts werden andere Wege gegangen: "Über die Umsetzung der Atomgesetz-Novelle wird auf der Grundlage des Regierungsentwurfs vor der Kabinettsbefassung zwischen den Verhandlungspartnern beraten." Der Kanzler und die Chefs der Regierungsfractionen werden dann schon dafür sorgen, dass das Parlament zustimmt.

## **Ökologiebewegung**

**Was hätte die Bundesregierung besser machen können?**

**Ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Atomkraft jetzt beendet?**

**Wenn SPD und Grüne den Ausstieg nicht durchsetzen können, wer dann?**

**Was kann der/die Einzelne tun?**

**Spendenaufruf:**

Fast alles. So gab es beispielsweise klare juristische Absicherung für eine Änderung des Atomgesetzes im Dissens mit der Atomindustrie. 1999 hatten ExpertInnen des Bundesumweltministeriums zur Begründung für eine Begrenzung der AKW-Laufzeiten auf 30 Jahre eine Zusammenstellung der Gefahren von Atomkraftnutzung auf geschrieben. Diese war so gelungen, dass die Fachleute aus dem Justizministerium erschrocken feststellten, dass bei dieser Lage der Staat aufgrund seiner Fürsorgepflicht für die Bevölkerung die Reaktoren sofort stilllegen müsse und auch könne.

Selbst bei unveränderter Rechtslage gibt es etliche Möglichkeiten, den Betrieb der Atommeiler massiv einzuschränken. Erstens ökonomisch über die steuerliche Gleichstellung mit anderen Energieträgern, die Verpflichtung zu einer vollen Haftpflichtversicherung für AKWs und über die Besteuerung der sogenannten Entsorgungsrückstellungen. Zweitens technisch durch die Erhöhung der Sicherheitsstandards auf den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik. Drittens juristisch über den fehlenden Nachweis einer gesicherten Atommüll-Entsorgung. Allein Letzteres würde schon für einen sofortigen Entzug der Betriebsgenehmigungen ausreichen - entschädigungsfrei.

Mitnichten. So wie es derzeit aussieht, sind wir gerade erst bei der Halbzeit angekommen. Kein Reaktor und kein Castor-Behälter ist sicherer geworden, nur weil der Umweltminister jetzt ein grünes Parteibuch hat. Rezzo Schlauch von den Grünen sagt zwar zum Atomkonsens: "Was gibt es Schöneres, als wenn man nach jahrelangem Kampf zum Ziel kommt?" aber er meint damit wahrscheinlich eher die Regierungsfähigkeit seiner Partei als das Ziel Atomausstieg. So lange noch Atomkraftwerke in Betrieb sind, wird es auch weiter Störfälle und Skandale geben. Bleibt nur zu hoffen, dass der gesellschaftliche Druck gegen die Atomenergienutzung wieder anwächst und dafür sorgt, dass die Reaktoren noch vor dem nächsten schweren Unfall vom Netz gehen.

In letzter Zeit hört man häufiger resignative Stimmen, die am Beispiel der rot-grünen Atompolitik aufzeigen, dass gegen die Macht der Wirtschaft nicht mehr anzukommen sei. Manche fragen sich, wie die BürgerInnen gegen den Einfluss der Atomlobby etwas erreichen können, wenn dies noch nicht einmal einer Regierung gelingt. Doch der Eindruck täuscht. Gerade die Geschichte der Anti-Atom- Bewegung in der Bundesrepublik zeigt, dass es möglich ist, sich erfolgreich zu wehren. Von ursprünglich geplanten 60 AKWs wurde nur ein Drittel gebaut. Die Liste der gestoppten Atomprojekte ist lang: die Wiederaufarbeitungsanlagen im Wendland und in Wackersdorf, der Schnelle Brüter in Kalkar, der Hochtemperaturreaktor in Hamm, die Brennelementfabriken in Hanau, die DDR-Reaktoren in Greifswald, Rheinsberg und Stendal. Die bald 30 Jahre andauernde Auseinandersetzung um die Atomenergienutzung hat bewiesen: Wenn sich die scheinbar ohnmächtigen kleinen Leute zusammenschließen und sich wehren, dann haben es die scheinbar Mächtigen unendlich schwer, ihre Pläne durchzusetzen. Ob die Bewegung in Zukunft an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen kann, ist noch offen. Manche Leute wie z.B. Wirtschaftsminister Werner Müller (ein ehemaliger Atommanager) hoffen jetzt, dass der Konsens "den Boden der Anti-AKW-Bewegung austrocknet." Doch das Gegenteil geschieht. So wachsen beispielsweise an den Standorten der neuen Zwischenlager kräftige neue Widerstands- Pflanzen in Form von massivem BürgerInnen-Protest. In Salzgitter streikte kürzlich die Belegschaft des VW-Werks gegen die Inbetriebnahme des Atommüllendlagers Schacht Konrad. Und überall in der Republik bereiten sich kleine und große Anti-Atom-Gruppen auf die Blockade des nächsten Castor-Transportes vor, beispielsweise in der Kampagne "X-tausendmal quer - überall".

Augenblicklich zählt in der Auseinandersetzung um die Atomkraft vor allem Unspektakuläres: Es gilt Aufklärungsarbeit zu leisten, dass der Atomkonsens nicht das Ende der Atomkraft, sondern die Absicherung einer strahlenden Zukunft für die Nuklearbranche bedeutet. Schon Gespräche im persönlichen Umfeld oder ein LeserInnenbrief an die lokale Tageszeitung kann dazu beitragen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Vor allem, wenn dies viele Menschen an vielen Orten gleichzeitig tun.

Diese kleine Broschüre kann in beliebiger Stückzahl nachbestellt und verteilt werden (siehe Seite 2). Über den Verlag können kompetente ReferentInnen für Informationsveranstaltungen angefragt werden. Eine Gruppe kann mehr erreichen als eine/ alleine und gemeinsame politische Arbeit macht Spaß. Deshalb ist es lohnend, Gleichgesinnte zu suchen und sich zu verbünden.

Neben der Aufklärungsarbeit steht die politische Aktion. Sei es ein Straßentheater in der Fußgängerzone oder die Beteiligung an regionalen oder überregionalen Aktivitäten der Anti-Atom-Bewegung. Alles trägt dazu bei, den politischen Druck zu steigern.

Diese kleine Broschüre soll in großer Anzahl verteilt werden. Bitte unterstützt dieses Projekt mit einer Spende. Die Kontoverbindung: Tolstefanz Konto 2 054 401 KSK Lüchow BLZ 258 513 35 Stichwort: "Druck machen"

## Theorie

### Weichenstellungen für einen sozial- ökologischen Umbau

von Dieter Klein

Bei diesem Beitrag handelt es sich um Auszüge aus der Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Reformalternative“, Berlin 1997;

### Blockaden des sozialökologischen Wandels

Der ökologische Umbau der Bundesrepublik ist nicht ein eingrenzbarer spezifischer Prozeß, nicht allein das Feld einer neuen Umweltpolitik und schon gar nicht reduzierbar auf verbesserte Ressourceneffizienz als Senkung der Kapitalkosten. Ökologischer Wandel ist ein durch und durch sozialer Umbruchprozeß, der alle Sphären der Gesellschaft betrifft und bestimmen muß.

Der ökologische Umbau hat im engeren Sinne Spezifisches zum Inhalt, etwa eine sozialverträgliche Wende in der Energiewirtschaft, im Verkehr, in der Stoffwirtschaft und im Agrarbereich. Aber zugleich ist sozial-ökologischer Umbau in einem weiteren Sinne jener soziale und ökologische Grundprozeß, der künftig die Richtung aller Veränderungen prägen und ihnen Zukunftsfähigkeit verleihen muß. Dies ist deshalb herauszuheben, weil das begreifbar macht, daß wir tief eingewurzelte Hierarchievorstellungen überwinden müssen. Immer galt seit Jahrhunderten - zumindest im abendländischen Kulturkreis -, daß der Mensch die Berufung und das Recht habe, sich die Natur Untertan zu *machen*. Die moderne kapitalistische Gesellschaft sah sich kraft Wissenschafts- und Technikgläubigkeit über die Natur erhoben. Und trotz aller Eigenständigkeit von Politik, Recht, Moral, Religion und Wissenschaft ist bis heute nicht die Wirtschaft der Gesellschaft, sondern die Gesellschaft der kapitaldominierten Wirtschaft untergeordnet. Wirtschaft, Gesellschaft, Natur - nach dieser Rangordnung funktioniert der moderne Kapitalismus auch in der Bundesrepublik. Die künftige Ordnung, von deren Verwirklichung das gesunde Überleben der kommenden Generationen abhängt, wird von einer mehrdimensionalen Rationalität bestimmt sein müssen, von der Einbettung ökonomischer Effizienz in soziale und ökologische Maßstäbe der Entwicklung. Nachhaltige Existenz der Gesellschaft ist davon abhängig, daß sie ihre Ziele in Einklang mit der Bewahrung der Natur verfolgt. Sicher werden die Menschen auch künftig im Umgang mit der Natur von ihren eigenen, wohlverstandenen Interessen ausgehen, jedoch mit Achtung nicht nur vor dem menschlichen Dasein, sondern vor allem Leben und vor dem der künftigen Generationen (NICK 1995: 15 ff.).

Die Menschen und ihre Gesellschaft sind nun einmal ein Teil der Natur, zwar als einzige Geschöpfe fähig, die Natur zu zerstören, jedoch zur Zeit noch unfähig, von diesem Zerstörungswerk abzulassen und sich auf ihre existentielle Abhängigkeit vom Erhalt und von der Wiederherstellung der natürlichen Gleichgewichte zu besinnen. Dies wird nur möglich sein, wenn die Wirtschaft aufhört, der Gesellschaft die Kapitalrentabilität als ihr bestimmendes Maß aufzunötigen. Doch noch bestimmt der Maßstab des Profits ebenso den rücksichtslosen Umgang mit der Umwelt wie die Durchrationalisierung der Unternehmen, Ausweitung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse bei niedriger Entlohnung, Bedrohung des Sozialstaats und Rücknahme von sozialem Wohnungsbau. Er bewirkt die Belastung der Kranken durch die Überteuerung der Medikamente, Bodenspekulationen, Umschichtung des Kapitals aus produktiven Sphären in Geld- und Kapitalmärkte und die Jagd der Medien nach Marktanteilen und Einschaltquoten. Und je mehr soziale Unsicherheit große Bevölkerungsteile betrifft, desto schwerer fällt unter diesem unmittelbaren Druck der schonende Umgang mit der Natur. Das erklärt den Befund im »Sozialreport 1997«: »Die Umweltpolitik verliert den hohen Stellenwert, den sie zu Beginn der neunziger Jahre, auch im Vergleich zu anderen Lebensbereichen hatte; der Anteil derjenigen, für die die Umwelt >sehr wichtig< ist, sinkt kontinuierlich: von 79 Prozent im Jahre 1991 auf 57 Prozent im Jahr 1997.« (Sozialreport 1997:- 277) **Die Grünen haben wiederholt erfahren, daß jede Vernachlässigung des Sozialen in ökologischen Fragen die Politikfähigkeit einer umweltorientierten Partei empfindlich verringert. Dies ist eine überaus wichtige Lehre für die gesamte Linke.**

Erstens betont die PDS in ihrer Analyse der Blockaden ökologischer Zukunftspolitik, daß dem notwendigen sozial-ökologischen Umbau vor allem die Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft aufgrund der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Eigentums- und Machtstrukturen in der Bundesrepublik und in den anderen kapitalistischen Metropolen entgegensteht.

Das betrifft besonders:

- das aus der Kapitalverwertung entspringende allgemeine Unternehmerinteresse an permanentem, ungezügelter Wachstum und kurzfristiger Umsatzsteigerung,
- alle Rüstungsinteressen, da Rüstung Ressourcen verschlingt und Kriege auch die Umwelt vernichten,
- die Nutznießer im Norden an der Ausplünderung des Südens,
- den überwiegend auf die Steigerung des Umsatzes von Automobilen statt auf Verkehrsvermeidung und komplexe Verkehrsdienstleistungen konzentrierten Kurs der Autoindustrie,
- das Interesse der internationalen Erdölkonzerne, der Gasproduzenten und Kohlekonzerne an der weiteren energetischen Nutzung der von ihnen beherrschten fossilen Energieressourcen,
- das Festhalten der weltweit etwa zehn Hauptlieferanten von Atomreaktoren und der Betreiber der Reaktoren an Atomstrom,
- den Strukturkonservatismus der mit diesen Mächten verquickten Energieversorgungsunternehmen,
- das konkurrenzbedingte Kapitalinteresse, besonders in der Industrie an niedrigen Strompreisen und der daraus resultierende Widerstand gegen die zunächst meist teureren regenerierbaren Energieträger,
- das vorwiegende Interesse der Banken und großen institutionellen Anleger an hohen Renditen auf internationalen Geld-, Kapital- und Devisenmärkten statt an langfristigen, zukunftsfähigen Strukturwandel,
- die Bindung etablierter Parteien an wachstumsfixierte, metropolitane Wirtschaftsinteressen und die Kurzsichtigkeit des an Wahlzyklen gebundenen Politgeschäfts,
- die auch durch die Beschwörung einer »Neuen Mitte« nicht gebrochene ideologische Vorherrschaft der Marktdogmatiker, obwohl Marktmechanismen an sich untauglich für die Lösung strategischer ökologischer und sozialer Großprobleme sind,
- das Desinteresse der um Werbeeinnahmen, Marktanteile und Einschaltquoten konkurrierenden marktbeherrschenden Medien an langfristiger aufklärerischer Gewinnung von Mehrheiten für eine alternative Entwicklungslogik.

Zweitens wird der Übergang zu nachhaltiger Entwicklung in erheblichem Maße durch patriarchale Strukturen gehemmt, die verquickt mit spezifisch kapitalistischen Strukturen wirken. Umgekehrt gilt, daß ökologischer Umbau nicht ohne ein Aufbrechen patriarchaler Strukturen, nicht ohne eine starke Rolle feministischer Emanzipationsbewegungen auf sozial progressive Weise möglich ist. Das gilt für die Industrieländer und in besonderem Maße für die armen Länder.

»Frauen im Süden sind stärker als Männer betroffen von Umweltkatastrophen, Umweltgiften, fortschreitender Bodenerosion, Abholzung, Verknappung von Wasser:

- weil ihre geschlechtsspezifischen Tätigkeiten im engen Zusammenhang damit stehen;
- weil sie verantwortlich sind für das Überleben ihrer Familien;
- weil sie in allen Kulturen des Südens für das Wohlergehen und die Entwicklung ihrer Kinder in besonderem Maße verantwortlich sind und mehr als die Hälfte der Bevölkerung repräsentieren;
- weil sie als Verantwortliche für ihre Kinder von Umweltgiften/Giftmüll unmittelbar betroffen sind (Krankheiten der Kinder, verseuchte Lebensmittel, Trinkwasser ... );
- weil sie als Wenigstverdienende meist nicht in der Lage sind, Gift oder Katastrophen durch Mobilität zu entfliehen und deshalb ein größeres Interesse haben, an der Situation vor Ort etwas zu verändern;- weil sie von den Folgen der Globalisierung stärker betroffen sind: Frauen sind meist für die Subsistenzproduktion (Anbau von Getreide, Gemüse, Aufzucht von Kleinvieh für den eigenen Bedarf) zuständig - die Möglichkeiten hierfür nehmen durch wachsende Produktion für den Weltmarkt ab (Ressourcenverknappung: Land, Wasser, Holz; Vergiftung durch Pestizide etc.).

>> ...Frauen im Süden sichern also das unmittelbare Überleben ihrer Familien mit allen Tätigkeiten, die mit der Ernährung und mit dem Haushalt verbunden sind. Bei diesen Tätigkeiten werden sie oft auch von Kindern unterstützt.<< (AITHAL 1997: 51) »Als Ernährerinnen und Sorgetragende hängen sie vollständig von der

Erneuerungsfähigkeit der Natur ab, um die Grundbedürfnisse an Nahrung, Wasser und Obdach zu decken.« (RANDZIO-PLATH 1995: 183)

Drittens ergeben sich Hemmnisse für Änderungen der bisherigen Wirtschafts- und Konsumtionsweise ferner daraus, daß Bevölkerungsmehrheiten in den Industrieländern trotz wachsenden Umweltbewußtseins die der Kapitalverwertung entspringende Fixiertheit auf "gezügeltes Wachstum, Ressourcenverbrauch und Konkurrenzverhalten in ihren Lebensweisen verinnerlicht haben. Ihr Bestreben, erreichten materiellen Wohlstand zu sichern und möglichst weiter zu erhöhen, erschwert den längst überfälligen Bruch damit, daß Kapitalgewinne und Wohlstand in den reichen Ländern in beachtlichem Maße auf Kosten der Länder der »Dritten Welt« realisiert werden.

Viertens werden die ungelösten gesellschaftlichen Großprobleme auch unter der neuen Regierung Schröder überwiegend als Kostenprobleme unter dem Druck der Globalisierung fehlinterpretiert. Dadurch wird verdrängt, daß diese Globalisierung die Verflechtung der die Zukunft der Menschheit bedrohenden erdumspannenden Umweltkrise und der Unterentwicklung in der Mehrheit der Entwicklungsländer einschließt und dafür Lösungen jenseits von Standort-Ideologie herausfordert.

Der Konflikt zwischen profit- und expansionsbestimmter Ökonomie auf der einen Seite und Umwelt und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite hat jedoch eine neue Qualität und Dimension erreicht. Mit den damit verbundenen Großgefahren sind die Beziehungen zwischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik verknüpft. Die Neubestimmung, aber natürlich vor allem die reale Neugestaltung ihres Wechselverhältnisses unter dem Primat von sozialer Gerechtigkeit und Naturbewahrung ist wohl die größte Herausforderung, vor der die Menschheit steht. Einfache Antworten und konfliktfreie Lösungen wird es nicht geben. Diese Herausforderung wird international unter dem Dachbegriff »sustainable development« diskutiert, in Deutschland als »Nachhaltigkeit« oder »Zukunftsfähigkeit« interpretiert.

### **Demokratischer Sozialismus und Nachhaltigkeit**

***Demokratischer Sozialismus - als Ziel einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, als politisch-soziale Bewegung und als Orientierung auf soziale Gerechtigkeit und gleiche Anrechte, auf volle Entfaltung der Persönlichkeit für jeden einzelnen Menschen - ist nicht verfolgbar ohne äußerstes Engagement für nachhaltige Entwicklung.***

Engagement für demokratischen Sozialismus und nachhaltige Entwicklung in dem eben vorgestellten weiten Sinn einer alternativen Entwicklungslogik sind eng miteinander verwandt und teilweise identisch. Aus der Sicht demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten umfaßt eine tatsächlich zukunftsfähige Entwicklung die dauerhafte Stabilität der Naturkreisläufe nur bei einem einschneidenden gesellschaftlichen Wandel und in Wechselwirkung mit ihm. Eine Bestimmung des sozialen Gehaltes von Nachhaltigkeit führt zugleich zur Kennzeichnung des Verhältnisses von demokratischem Sozialismus und Nachhaltigkeit:

- Änderung in der Zielhierarchie von Wirtschaft und Gesellschaft bei Bewahrung des gewinnorientierten Interesses an wirtschaftlich effizienten Innovationen: Soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze, ökologisches Gleichgewicht und antipatriarchale Entwicklung müssen ein höheres, bestimmendes Gewicht erhalten.
- Umkehr von einer Ökonomie, die auf zerstörerischem Wachstum beruht, zu einer Ökonomie des Vermeidens. Hierzu gehört eine veränderte Prioritätensetzung: Vermeiden von Verbrauch vor Wiederverwendung, Wiederverwendung vor sicherer Entsorgung.
- Umkehr vom Primat weltmarktorientierter Expansion zu stärkerer Binnenmarktorientierung und Regionalisierung bei Bewahrung des Nutzens internationaler Arbeitsteilung.
- Neue Auffassung und Handhabung von Effizienz durch Vorrang für soziale und ökologische Dimensionen. Rational und fortschrittlich ist unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen menschliches Handeln nur dann, wenn sozialen

Bedürfnissen und perspektivischen Umwelterfordernissen Rechnung getragen und die Reproduktionsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft für alle langfristig, dauerhaft erhalten wird. Hiervon ausgehend, gilt es auch die Kriterien für Entwicklung zu präzisieren und auch zu bestimmen, was noch wachsen soll und was zurückzubauen ist.

- Umkehr der bisherigen Austauschbeziehungen zwischen Natur und Arbeit: Nicht Einsparen von Arbeit durch vermehrten, in der Vergangenheit kostenlosen oder nur relativ geringe Kosten verursachenden Natureinsatz, sondern vermehrter Einsatz von Arbeit und von Kapital als von geronnener Arbeit zum Einsparen von Naturverbrauch und zur Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Natur. In einem solchem grundsätzlichen, perspektivischen Zusammenhang wird auch deutlich, daß nachhaltiges, zukunftsfähiges Wirtschaften ein erhebliches Reservoir an gesellschaftlich notwendiger, nützlicher Arbeit, an Arbeitsplätzen erschließt - obwohl es starker aktiver Struktur- und Regionalpolitik bedarf, um den gleichzeitigen Verlust von Arbeitsplätzen durch ökologischen Umbau rechtzeitig zu kompensieren.

- Verbindung des ökologischen Umbaus der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Konsumtion mit einer Stärkung demokratischer Mitwirkung und Gestaltung, einer Erweiterung emanzipatorischer Möglichkeiten einschließlich einer Gleichstellung der Geschlechter in den Sphären der Erwerbsarbeit und der Haus- und Familienarbeit und der Überwindung von Männerherrschaft insgesamt.

- Abkehr von der Vorstellung, die westliche Welt sei das Muster oder Ziel weltweiter Entwicklung. Einschneidender ökonomischer und sozialökologischer Wandel der OECD-Länder selbst ist vielmehr die entscheidende internationale Voraussetzung für die Überwindung von Unterentwicklung, Armut und Umweltzerstörung in den Ländern der »Dritten Welt«. Notwendig ist eine Partnerschaft mit den ärmeren Ländern, die zu einer Neuverteilung von Bedingungen des Wirtschaftens und von Lebenschancen führt.

- Aufbruch zu neuen Lebensweisen und -stilen: nicht Rücknahme von Wohlfahrt, sondern Herausfinden einer anderen Wohlfahrt, in der neue Räume der Persönlichkeitsentfaltung, mehr freie Zeit dafür und ein reicherer Sinn des Lebens wichtiger werden als die Jagd nach ständig steigendem materiellen Konsum und größerem persönlichen Besitz.

- Ächtung militärischer »Lösungen" von gesellschaftlichen Problemen auch deshalb, weil Kriege immer nicht zuletzt ökologische Katastrophen sind. Suche nach präventiven Möglichkeiten friedlicher Konfliktbearbeitung und ihrer Institutionalisierung.

-----  
Aufklärung über die Gefährdungen der Umwelt und über Chancen ihrer Bewahrung ist notwendig, wird aber nicht ohne die Selbstbeteiligung und Selbstentscheidung der Bürgerinnen und Bürger zu ökologischem Umbau führen. Zukunftsträchtig ist die Vernetzung solcher Initiativen, beispielsweise in Gestalt von »A Seed« in Osteuropa und von »Kairos Europa« zur Lösung ökologischer Probleme.

Welche Fortschritte unter den Bedingungen kapitalistischer Grundstrukturen zu erzielen sind, kann heute kaum definitiv bestimmt werden. Möglich ist, daß bei wachsendem Druck der ungelösten Umweltprobleme, bei Häufung spektakulärer Öko-Notstände und erneut zunehmendem Engagement von Umweltbewegungen und anderen Akteuren weitsichtige kapitalistische Unternehmen umweltfreundliche Produktionen erheblich vorantreiben, soweit dies zugleich kurzfristige Kostensenkungen und Marktgewinne verspricht.

Soweit jedoch ökologischer Umbau nur bei mehr sozialer Gerechtigkeit, Partizipation und partnerschaftlicher Unterstützung für Länder der ehemals Dritten Welt und nur bei Abstrichen von der Kapitalrentabilität möglich ist, werden die der Natur des Kapitals eigenen Grenzen einen weitgehenden Übergang zu Nachhaltigkeit entschieden härter blockieren. Entscheidende Fortschritte zu nachhaltiger Entwicklung sind daher nur durchsetzbar, wenn es durch die Stärkung von Gegenmächten und Druck von links auf sozialdemokratisch geführte Regierungen gelingt, die Verfügung der Unternehmer über ihr Kapitaleigentum einzuschränken bzw. die Richtung dieser Verfügung nach sozial-ökologischen Kriterien zu verändern (BRIE u.a. 1997: S. 122 ff.).

Der in Artikel 14/2 des Grundgesetzes formulierte Grundsatz - »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen« -

**Der Wandel der  
PDS**

muß als soziale und ökologische Verpflichtung aufgefaßt und gehandhabt werden. Eine am Gemeinwohl orientierte Ausgestaltung der Verfügungsrechte über Kapitaleigentum wird mit der Durchsetzung und Chancengleichheit anderer Eigentumsformen, mit einem Pluralismus der Eigentumsstrukturen also, zu kombinieren sein - wenn notwendig auch auf dem Wege der Überführung von Wirtschaftsressourcen in Gemeineigentum gemäß Art. 15 GG.

Insgesamt ist jedoch davon auszugehen, daß ein ökologischer Umbau unter den Bedingungen kapitalistischer Grundstrukturen eingeleitet und auch erheblich vorangetrieben werden kann. Komplexität, Tiefe und Kompliziertheit des Übergangs zu nachhaltiger Entwicklung schließen keineswegs den Beginn eines sozial-ökologischen Umbaus mit kleinen Schritten aus.

Die PDS gilt ihren Mitgliedern und den meisten ihrer Sympathisantinnen und Sympathisanten als Partei sozialer Gerechtigkeit. Als Partei für die Umwelt gilt sie nicht, und sie ist es - noch - nicht. Dafür bietet sie nicht mehr als Ansätze - trotz der achtbaren Arbeit an einer konsistenten Umweltpolitik. Will die PDS in vollem Maße eine Partei und Bewegung für eine nachhaltige, zukunftsfähige Gesellschaft werden, so steht ihr eine erhebliche Weiterentwicklung ihres Profils und Selbstverständnisses noch bevor. Dazu gehört, externer Kompetenz mehr Raum zu geben. Das erfordert entschiedene Hinwendung zu UmweltaktivistInnen und ihre Unterstützung. Die Arbeit an einem angemessenen Beitrag der PDS für eine linke Reformalternative muß als ein zentrales Element die Integration ihrer Umwelt- und Entwicklungsziele und des praktischen Wirkens für deren Durchsetzung in alle wesentlichen politischen Wirkungsfelder der PDS, vor allem in Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und insbesondere in die Kommunalpolitik auf solche Weise einschließen, daß sozial-ökologischer Wandel zu einem Grundmotiv aller Politik wird.

Als Partei des Aufbegehrens gegen diesen neoliberal-konservativen Kurs der Zerstörung des sozialen Zusammenhaltes der Gesellschaft und der Naturkreisläufe und als Partei der Mitverantwortung für Reformalternativen wider solche Entwicklung muß die PDS *ihr Verständnis der sozialen Frage*, zu deren Lösung sich die Linke seit Anbeginn verpflichtet sieht, *entschieden ausweiten. Es geht nicht darum, von einer Partei der sozialen Gerechtigkeit zu einer Ökopartei zu werden, sondern um eine erneuerte moderne Auffassung der sozialen Frage*. Dies ist notwendig für eine Reformpolitik, in der es keine Trennung zwischen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Zukunftsfähigkeit, Innovationen und ökonomischer Effizienz, internationaler Solidarität und Gleichstellung der Geschlechter geben darf. Denn nur die organische Verklammerung dieser Grundmomente einschneidenden gesellschaftlichen Wandels vermag der - trotz dem Kapital abgetrotzter Sozialreformen und unter dem Druck von Umweltbewegungen erreichter Standards - insgesamt einseitig profitdominierten Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik realisierbare Alternativen entgegenzusetzen.

Ein taugliches Reformprojekt demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten ist keine bloße Addition von Wünschenswertem auf einzelnen Politikfeldern, sondern im Angesicht der hyperkomplexen Verschlingung aller wesentlichen Sphären und Teilsysteme der Gesellschaft muß es sich durch konzeptionelle und praktische wechselseitige Durchdringung der entscheidenden alternativen Politikansätze auszeichnen. **Soziale Gerechtigkeit als Grundwert des demokratischen Sozialismus schließt heute nicht zuletzt Bewahrung der natürlichen Lebensbedingungen für künftige Generationen, Gerechtigkeit als Maß der Umverteilung von Lebenschancen zwischen Nord und Süd und Überwindung patriarchaler Herrschaft ein.** Die Verständigung über die miteinander verwobenen verschiedenen Gestalten der sozialen Frage in der Gegenwart ist unabdingbar für die Bestimmung der Stellung von ökologischer Zukunftspolitik in einem PDS-Reformprojekt.

Allerdings birgt die Sozialverpflichtung linker Umweltpolitik auch spezifische Schwierigkeiten, weil sie mit der Notwendigkeit in Konflikt geraten kann, zur nachhaltigen Bewahrung der Natur den konsumtiven Ressourcenverbrauch auch bessergestellter Erwerbsabhängiger abzusenden. Zwar muß die Linke darauf bestehen, daß dies mit entschieden größeren Abstrichen bei den Reichen und Wohlhabenden zu verknüpfen ist. Aber Beschränkungen bisher gewohnter oder erwünschter stofflicher Verbrauchsniveaus werden die große Mehrheit der

Bevölkerung treffen, wenn die Natur auch noch kommenden Generationen ihren Lebensraum bieten soll. Für neoliberale Kräfte, die zwar skrupellos die Vermehrung des Reichtums der Reichen betreiben, jedoch ohnehin wütende Attacken gegen das angeblich überhöhte Anspruchsdenken gerade der unteren Einkommensschichten führen, ist dies ein willkommener Nebeneffekt und kein Problem. Wohl aber für eine Linke, die diesen Angriffen konsequent entgegentritt, gleichwohl jedoch Verantwortung für eine Weichenstellung zu ökologischem Ober- und Wohlleben mit zu übernehmen hat.

Es hilft nicht, diese widerspruchsvolle Konstellation einfach zu leugnen und auch in den Industriestaaten weitere Erhöhung des materiellen Verbrauchs für alle und ökologischen Umbau zugleich zu fordern. Die Linke wird Lösungen für den Umgang mit dem Konflikt zwischen Ressourcen verschlingendem Wachstum und Bewahrung der Umwelt in drei Richtungen suchen können:

Erstens strebt sie die Kompetenz an im großen wie im kleinen in den unausweichlichen Interessenkämpfen um die Art und Weise der Bearbeitung von Umweltproblemen unüberhörbar sozialverträgliche Lösungen zu suchen, öffentlich zu vertreten und Betroffene dafür zu mobilisieren. Die für die Bundesrepublik in den meisten Konstellationen wichtigste soziale Frage ist die nach den Folgen von Entscheidungen, die die Umwelt betreffen, für die Beschäftigung. Besonders im Schnittpunkt von Umwelt- und Beschäftigungspolitik muß die PDS konstruktiv nach Profilgewinn trachten.

Zweitens: Wenn die Sozialverträglichkeit des ökologischen Umbaus zwar häufig Lebensstandards sichernde Kompensationszahlungen einschließen muß, jedoch insgesamt eine Absenkung des Verbrauchs von stofflichen Naturressourcen durch große Teile der Bevölkerung in den reichen Ländern nicht zu umgehen sein wird, so ist danach zu suchen, wie gleichwohl die Wohlfahrt bei Entfaltung anderer Lebensqualitäten insgesamt gesteigert werden kann.

Drittens muß sich die Linke entschieden stärker als bisher für Innovationen engagieren, die zu einer sozial-ökologischen Effizienzrevolution führen, um sinnvolle Bedürfnisse auch künftig auf hohem Niveau zu befriedigen, jedoch mit entschieden verringertem Ressourceneinsatz. Je stärker die Innovationspotentiale der Bundesrepublik entfaltet und zugleich auf hochgradig effizienten Umgang mit Naturressourcen konzentriert werden, je langlebiger und reparaturfreundlicher die produzierten Güter sind und je geschlossener die Stoffkreisläufe ihrer Herstellung, desto eher können Konsumniveaus im Einklang mit der Natur bewahrt werden. In jedem Falle sind alternative Produktions-, Konsumtions- und Lebensweisen unumgebar. Dazu gehören auch institutionelle Veränderungen. Im Bundestag und andernorts dominieren gegenwärtige Machtinteressen über die Interessen künftiger Generationen. Die Linke könnte u. a. die Bildung eines parteiunabhängigen ökologischen Rates der Bundesrepublik unterstützen.

-----  
Die PDS muß ihr eigenes Profil auch im Umgang mit der Spannung zwischen den kategorischen Zwängen zur Abkehr von der heute wachstums- und materiell-konsumistisch bestimmten Lebensweise der Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik und dem Festhalten der Mehrheit an eben dieser Lebensweise entwickeln.

Als Partei, die die Lasten der Herkunft aus der SED bewußt trägt, hat sie dabei die Erfahrung zu verarbeiten, daß alle Versuche, Menschen im Namen von besseren Zukünften zu veranlassen, der »neue Mensch« zu werden, an ihrer eigenen Ambivalenz gescheitert sind. Heute zu erwarten, daß vor allem vernunftsbestimmte-moralische Appelle die Individuen mehrheitlich zu freiwilligem Abstrich an erworbenen Besitzständen, zur Minderung ihres Konsums und zum Teilen mit den Armen im eigenen Land und in der Welt veranlassen würden, ist wahrscheinlich ebenso unrealistisch. Aber gleichermaßen unverantwortlich wäre der Verzicht auf Mitwirkung an dem in Gang geratenen Wertewandel, an der Aufklärung über Umweltprobleme und ihre Ursachen.

Wenn einerseits nach wie vor Marx' Auffassung gültig ist, daß es die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die den Menschen bestimmte Verhaltensweisen aufnötigen, so gilt doch andererseits nicht weniger, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse das Resultat menschlichen Handelns sind (GIDDENS 1988. 78 ff., 227 ff.). Wenn sie verändert werden sollen, werden die Handelnden zuerst *in sich selbst neue Maßstäbe setzen* und andere dafür gewinnen müssen. Institutionelle Bedingungen von solcher Art müssen geschaffen

**Anmerkungen zu  
Zukunftsfähigen  
Lebensweisen und  
dem Profil der PDS**



werden, daß nicht diejenigen, die Selbstbeschränkung im Ressourcenverbrauch üben und dafür Belastungen und Kosten auf sich nehmen, als die sinnlos Dummen dastehen, weil die Mehrheit derweil zu ihrem augenblicklichen Vorteil alles weitermacht wie bisher. Auch ein derartiger rechtlich zu sichernder institutioneller Wandel wird erst kommen, wenn in genügend vielen Köpfen entsprechende Einsichten herangereift sind und in Taten umgesetzt werden. Sozial-ökologischer Umbau hängt daher entscheidend von geistiger Neuorientierung, vom Wandel der Verhaltensnormen in den Köpfen von Millionen Individuen ab. Ein solcher Umbau ist nicht möglich ohne tiefgreifenden Wandel der Kultur, ohne eine kulturelle Zeitenwende. In diesem Sinne ist Rudolf Bahro zuzustimmen, der da schrieb: »Der Bauplatz der neuen Kultur liegt in erster Linie in uns - wie der Bau der alten.« (BAHRO 1989- 237)

Eine zentrale Dimension der viel diskutierten Selbstverantwortung der Individuen tut sich auf: die Herausforderung für jede und jeden, in der eigenen Lebenswelt mit den großen Gefahren unserer Zeit mindernd umzugehen und doch nicht zu übersehen, daß sozial-ökologischer Wandel zugleich gemeinsames Handeln von Initiativen, Bewegungen und Organisationen erfordert. Kreativität wird nicht zuletzt zukunftsfähige Lebensstile hervorzubringen haben. Nie war sie mehr gefordert als an der Schwelle des Bruchs mit Lebensweisen, die das Leben selbst gefährden. Die Selbstbestimmung der Zukunft wird die Selbstgefährdung der Gegenwart hinter sich zu lassen haben.

Die Bedeutung der Suche nach anderen Lebensweisen hat eine ganz prinzipielle Bedeutung für gesellschaftsgestaltende Politik. Der für die kapitalistische Moderne charakteristische Ausdifferenzierungsprozeß hat zur Verselbständigung der Wirtschaft und der Politik gegenüber der Lebenswelt der Menschen geführt, jeweils reguliert durch eigene Imperative, durch Profit und Macht. Mehr noch: Wirtschaft und Politik, besonders aber die auf Kapitalverwertung fixierte Wirtschaft, haben sich -die alltägliche Lebenswelt unterworfen und »kolonialisiert« (HABERMAS). Daß die Menschen, auf ökonomische Effizienz getrimmt, zum Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge werden sollen, ist nur die Pointe dieser Entwicklung, die ihr ganzes Leben durchdringt. In den umweltpolitischen Herausforderungen tritt gebündelt eine allgemeine Aufgabe zutage:

Wenn aber eine realistische Politik die Menschen nicht überfordern soll, muß eine öffentliche Diskussion neue Werte und Handlungsnormen in das Bewußtsein möglichst vieler Menschen heben, damit sich eine neue andere Normalität des Lebens verbreitet herausbilden kann. Und diese künftige Normalität darf nicht allein Abstriche vom Gewohnten, sie muß akzeptable Zugewinne für die Bürgerinnen und Bürger bringen.

Doch was den Menschen verlorengelht, spüren sie unmittelbar; was sie gewinnen könnten und oft kaum zeitgleich mit dem Abschied von Gewohntem erlangen werden, bedarf erst der Suche, des Erprobens und birgt als Unbekanntes Unsicherheiten. Abstrichen an Besitzständen zuzustimmen, ohne die Macht zu gleichzeitiger Umverteilung von reich zu arm und postwendenden umweltgerechten Kompensationen zu haben, würde der Linken und ihren Zielen schweren politischen Schaden zufügen. Deshalb gewinnt erstrangige Bedeutung, die möglichen neuen Lebenschancen sozial-ökologischen Wandels herauszuarbeiten, ihre Voraussetzungen und die notwendigen Schritte ihrer Realisierung in breiten öffentlichen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu bestimmen und die gesellschaftlichen Verhältnisse in außerparlamentarischen und parlamentarischen Kämpfen so zu verändern, daß soziale Lösungen eines ökologischen Umbaus möglich werden.

Die geistigen Wurzeln der PDS, die stark zu Marx zurückführen, legen es nahe, an seiner Einsicht anzuknüpfen, daß künftiger Reichtum in hohem Maße Reichtum menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten und Beziehungen sein wird. Marx hatte die Vision von der »Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordne Zeit und geschaffnen Mittel entspricht.« (MARX MEW, Bd. 42. 601) Und er schrieb vom Reichtum des Menschen als dem absoluten »Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ... der Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher«, wo der Mensch nicht »irgend etwas Gewordenes zu bleiben sucht, sondern in der absoluten Bewegung des Werdens ist« (MARX MEW, Bd. 42: 396). Dies mag uns im Angesicht der

starken Tendenz zur Reduktion der meisten Menschen auf die Maßstäbe des homo oeconomicus, auf nationalistische Kosten-Nutzen-Kalkulation oder gar auf das konsumistische Verhalten eines homo coca colens (Ki Zerbo) höchst unrealistisch erscheinen. Doch genau darum wird es gehen: mehr um die Entfaltung der Individuen und ihrer menschlichen Beziehungen als um stofflichen Verbrauch, ohne einem kargen Leben das Wort zu reden.

Wichtig dafür ist die Rückbesinnung auf Weltbilder, die den Menschen als einen Teil der Natur in Abhängigkeit von der Gesamtheit der Naturkreisläufe und in Einklang mit ihnen auffassen (MEYER-ABICH 1997).

Kräfte für den dringlichen Wandel der Lebensweisen sind ferner aus den in den Weltreligionen vom Buddhismus über den Islam bis zum Christentum u. a. gespeicherten Vorstellungen über die Achtung vor allem Leben, über Nächstenliebe als intakte zwischenmenschliche Beziehungen, über Gerechtigkeit und Barmherzigkeit zu gewinnen.

Aber auch aus dem Experimentieren kleiner Teile der Bevölkerung mit alternativen Lebensformen ist zu lernen, etwa von der Abkehr einer bestimmten Jugendszene von konsum- und markenbestimmten Leitbildern.

Das Herausfinden neuer Lebensweisen und Lebensstile wird ein langer Prozeß des Erprobens vieler Möglichkeiten sein, ein kultureller Prozeß der Herausbildung neuer Lebensmaßstäbe und Werte im Verlauf öffentlicher Meinungsbildung. Doch aufklärerische Mühen allein werden den dringlichen Wandel nicht bewirken. Eine bewußte Beeinflussung der Preisrelationen und auch das ordnungsrechtliche Setzen von veränderten Normen werden nicht zu umgehen sein. Kurz, „es gilt, die Umstände so zu gestalten, daß ein sozial und ökologisch orientiertes Verhalten bequemer, interessanter, angenehmer, billiger - insgesamt attraktiver wirkt als das Gegenteil.“ (SCHÜLER 1998: 23)

Es geht um eine neue Wohlfahrt, nicht um Hinwendung zu Askese, wohl aber um eine veränderte, sinnvolle Kombination stofflicher Konsumtion mit wachsender Bedeutung anderer Lebensqualitäten und um gerechtere Verteilung der Lebenschancen. Dies ist der Zusammenhang, in den die Chancen des Individualisierungsprozesses und die wachsende Bedeutung libertärer und anderer postmaterieller Werte hineinzuholen sind.

=====

In der vorliegenden Ausgabe der tarantel wurden Auszüge aus dem Kapitel „Weichenstellung für einen sozial - ökonomischen Umbau“ aus dem Buch „Reformalternativen“ dokumentiert. In diesem Abschnitt des Buches werden, wie selten zu finden, die ökologischen und sozialen Probleme als Einheit und unter recht unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachtet. Damit ist ein umfangreicher Ansatz zur Diskussion der sozial - ökologischen Problematik gegeben, der zudem eine Vielzahl offener Fragen zu diesem Thema aufwirft. Auf einige davon soll im Folgenden eingegangen werden.

„Ökologischer Wandel ist ein durch und durch sozialer Umbruchprozeß, der alle Sphären der Gesellschaft betrifft und bestimmen muß.“ ( S. 98 )

„ Die Menschen und ihre Gesellschaft sind nun einmal ein Teil der Natur, zwar als einzige Geschöpfe fähig, die Natur zu zerstören, jedoch zur Zeit noch unfähig, von diesem Zerstörungswerk abzulassen und sich auf ihre existenzielle Abhängigkeit vom Erhalt und von der Wiederherstellung der natürlichen Gleichgewichte zu besinnen. Dies wird erst möglich sein, wenn die Wirtschaft aufhört, der Gesellschaft die Kapitalrentabilität als ihr bestimmendes Maß aufzunötigen.“ ( S. 99 )

„ Wir wollen, daß der Kapitalgewinn sozialen Bedürfnissen und ökologischer Vernunft zugleich untergeordnet wird, die Wirtschaft also in die Gesellschaft zurückgenommen statt über sie gestellt wird, damit die Gesellschaft in die Gleichgewichte der Naturkreisläufe zurückfinden kann.“ ( S. 100 )

Betrachtet man die o. g. Ausführungen im Zusammenhang, so wird ein den Naturgesetzen entsprechendes zeit- und sachgemäßes wirtschaftliches und somit auch gesellschaftliches Handeln gefordert; erschöpft sich doch wirtschaftliches Handeln nicht allein in der Produktion, sondern schließt den Austausch sowie die Konsumtion der Produkte also den gesamten Reproduktionsprozeß mit ein.

Soll sich die Gesellschaft von der Kapitalrentabilität als das bestimmende Maß der Wirtschaft verabschieden, so stellt sich sofort die Frage, nach welchen Maßstäben

**Viele Fragen bleiben offen. Anmerkungen zu Prof. Dr. Dieter Kleins „Weichenstellungen für einen sozial - ökologischen Umbau**

*von Fred Engels,  
Mitglied der ökologischen  
Plattform bei der PDS*

wirtschaftliches Handeln dann zu messen ist. Die Antwort auf diese wichtige Frage bleibt jedoch offen. Eine nicht sehr überzeugende linke Reformalternative.

Unter dem Punkt Nachhaltigkeit und demokratischer Sozialismus ist zu lesen:

„Änderungen in der Zielhierarchie von Wirtschaft und Gesellschaft bei Bewahrung des gewinnorientierten Interesses an wirtschaftlich effizienten Innovationen: Soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze, ökologisches Gleichgewicht und antipatriarchalische Entwicklung müssen ein höheres bestimmendes Gewicht erhalten.“ ( S. 106 )

Diese Aussagen sind aufgrund fehlender allgemeingültiger Definitionen der gewählten Begriffe recht beliebig auslegbar. Ein Mangel der sich häufig wiederholt. Nehmen wir z. B. den Begriff „gewinnorientiertes Interesse“. Wie bereits gesagt, scheidet die Kapitalrentabilität aus. Welche Art von Gewinn ist dann aber gemeint? Wie wird er gemessen? Wessen Interesse soll befriedigt werden und in welchem Umfang? Es glaubt hoffentlich niemand, daß Wirtschaft nach individuellem Gutdünken betrieben werden kann, wenn sie auch noch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit für kommende Generationen erhalten soll. Hinzu kommt, wirtschaftlich effiziente Innovationen sind mit Gerechtigkeit, Arbeitsplätze, ökologisches Gleichgewicht sowie eine antipatriarchalische Entwicklung, wie geschichtlich hinreichend bewiesen, im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft unvereinbar.

Und weiter heißt es: „Neue Auffassung und Handhabung von Effizienz durch Vorrang für soziale und ökologische Dimensionen: Rational und fortschrittlich ist unter den heutigen und zukünftigen Bedingungen menschliches Handeln nur dann, wenn sozialen Bedürfnissen und perspektivischen Umwelterfordernissen Rechnung getragen und die Reproduktionsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft für alle langfristig, dauerhaft erhalten bleibt. Hiervon ausgehend, gilt es auch die Kriterien für Entwicklung zu präzisieren und auch zu bestimmen, was noch wachsen soll und was zurückzubauen ist.“ ( S. 106 )

Wenn das ernst gemeint ist, heißt das eine neue, nichtkapitalistische Produktionsweise anzustreben. Das wird so deutlich aber nicht ausgesagt!

An anderer Stelle ist hingegen zu lesen: „Eine am Gemeinwohl orientierte Ausgestaltung der Verfügungsrechte über Kapitaleigentum wird mit der Durchsetzung und Chancengleichheit [ die übrigens auch erst durchzusetzen wäre ] anderer Eigentumsformen, mit einem Pluralismus der Eigentumsstrukturen also zu kombinieren sein - wenn notwendig auch auf dem Wege der Überführung von Wirtschaftsressourcen in Gemeineigentum gemäß Art. 15 GG.“ ( S. 108 )

Hier drängen sich doch mindestens zwei Fragen auf:

#### 1. Wer ist hier der Gemeineigentümer?

Bisher hat es mit Ausnahme des genossenschaftlichen Eigentums sowohl in den sozialistischen wie in den kapitalistischen Staaten im Sinne des Gemeineigentums bestenfalls Staatseigentum gegeben; und in beiden Fällen standen die ökologischen als auch die sozialen Belange wenn auch in unterschiedlichem Maße hinten an. Sollte hier tatsächlich Volkseigentum gemeint sein, so wäre zu klären, wie das Volk seine Interessen artikulieren muß, um mit seinem Eigentum in seinem Interesse umgehen zu können. Damit ist dann aber noch lange nicht geklärt, wie dieser Umgang erfolgen kann bzw. muß.

#### 2. Welche gesellschaftlichen Kräfte müssen mobilisiert werden, um eine am Gemeinwohl orientierte Ausgestaltung der Verfügungsrechte über Kapitaleigentum durchzusetzen?

Diese Frage mit der Durchsetzung und Chancengleichheit anderer Eigentumsformen beantworten zu wollen, widerspricht den geschichtlichen Erfahrungen. Bisher war und ist der Kapitalismus dabei, allen Ländern seine Produktions- und Lebensweise aufzuzwingen, auch den sozialistischen Ländern.

Wenn schon im Zusammenhang mit dem Gemeinwohl der Artikel 15 GG angesprochen wird, warum dann nicht auch der Artikel 1 GG, „die Würde des Menschen ist unantastbar“?

Hier bietet sich doch an, darzulegen welche gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Würde des Menschen vom Standpunkt demokratischer Sozialisten gehören.

### **Der Wandel von Profil und Selbstverständnis der PDS**

Zum Punkt „Der Wandel der PDS“:

„Die PDS gilt ihren Mitgliedern und den meisten ihrer Sympatisantinnen und Sympasianten als Partei sozialer Gerechtigkeit. Als Partei für die Umwelt gilt sie nicht, und sie ist es - noch - nicht.“ ( S. 109 )

„Es geht nicht darum, von einer Partei der sozialen Gerechtigkeit zu einer Ökopartei zu werden, sondern um eine erneuerte moderne Auffassung der sozialen Frage. Dies ist notwendig für eine Reformpolitik, in der es keine Trennung zwischen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Zukunftsfähigkeit, Innovationen und ökologischer Effizienz internationaler Solidarität und Gleichstellung der Geschlechter geben darf.“ ( S. 110 )

Worin nunmehr die moderne Auffassung der sozialen Frage besteht, bleibt leider offen. Das um so mehr, da wie bereits angesprochen, wiederholt eine Vielzahl von Begriffen Verwendung findet, die nicht allgemeingültig definiert sind und auch im weiteren Text keine exakte Auslegung erfahren.

Zum Punkt „Zukunftsfähige Lebensweisen“

Zu den zukunftsfähigen Lebensweisen wird relativ wenig ausgesagt. Diese Aussagen erschöpfen sich in Forderungen als Voraussetzungen, Aufgaben und den Appell die eigene Lebensweise zu ändern mit dem hinlänglich bekannten Verzicht auf materiellen Reichtum. Interessant sind in diesem Zusammenhang einige theoretische Passagen.

„Wenn einerseits nach wie vor Marx's Auffassung gültig ist, daß es die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die den Menschen bestimmte Verhaltensweisen aufnötigen, so gilt doch andererseits nicht weniger, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse das Resultat menschlichen Handelns sind. ( Giddens 1988: 78 ff., 227 ff. ).Wenn sie verändert werden sollen, werden die Handelnden zuerst an sich selbst neue Maßstäbe setzen und andere dafür gewinnen müssen.“ ( S. 113 )

So logisch der erste Satz auch im ersten Hinsehen scheint, unterschlägt er doch eine Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse beruhen ursächlich nicht auf dem Handlungswillen oder -unwillen der Menschen, sondern auf den jeweiligen Gegebenheiten der Natur ( territorial und klimatisch ) einerseits und der von der Natur vorgegebenen Arbeitsteilung sowie den damit durch den Menschen entwickelten Fähigkeiten die Naturgesetze zu entdecken und sie sich nutzbar zu machen andererseits. Marx bezeichnet letzteres als Entwicklung der Produktivkräfte.

Damit kommen wir zum zweiten o. a. Satz. Auch hier wird eine Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklung unterschlagen.

Der Mensch ( die Handelnden ) setzt sich nicht beliebig oder nach eigenem Gutdünken neue Maßstäbe. Der Mensch wie seine Maßstäbe entwickeln sich in Auseinandersetzung mit der Natur, kurz Arbeit genannt, also im Umgang mit den Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln. Aufgrund der Arbeitsteilung waren und sind es immer nur Einzelpersonen bzw. kleine Arbeitsgruppen die gesellschaftlich umwälzende Entdeckungen oder Erfindungen gemacht haben oder machen. Und erst wenn sie aufgrund eines allgemeinen gesellschaftlichen Interesses eine Gebrauchsanwendung fanden, kam es zur allgemeinen Einführung in die Gesellschaft und somit zu deren Entwicklung. Die Frage ist: „ Welche Maßstäbe sind denn nun zu setzen, wenn diese zu gesellschaftlichen Veränderungen führen sollen? “

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß, bei der gegenwärtigen Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Interessen allein innerhalb eines Landes, individuelle Maßstäbe zu gesellschaftlichen Veränderungen führen.

An anderer Stelle heißt es: „ Abstrichen an Besitzständen zuzustimmen, ohne die Macht zu gleichzeitiger Umverteilung von reich zu arm und postwendenden umweltgerechten Kompensationen zu haben, würde der Linken und ihren Zielen schweren politischen Schaden zufügen. Deshalb gewinnt erstrangige Bedeutung, die möglichen neuen Lebenschancen sozial - ökologischen Wandels herauszuarbeiten, ihre Voraussetzungen und die notwendigen Schritte ihrer Realisierung in breiten öffentlichen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu bestimmen und die gesellschaftlichen Verhältnisse in außerparlamentarischen und parlamentarischen Kämpfen so zu verändern, daß soziale Lösungen eines ökologischen Umbaus möglich werden.“ ( S. 115 )

### **Zukunftsfähige Lebensweisen**

Lebenschancen sozial - ökologischen Wandels herauszuarbeiten und ihre Voraussetzungen sowie die notwendigen Schritte ihrer Realisierung in breiten öffentlichen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu bestimmen, setzt bei der breiten Öffentlichkeit sowohl ein entsprechen des Wissen als auch die nötigen Sachkenntnisse voraus. Hier die Bereitschaft hervorzurufen, sich dieses Wissen anzueignen, wird eines der vorrangigsten Probleme für die weitere Entwicklung der Gesellschaft sein. Eine zukünftige Lebensweise, so sie denn Fuß fassen soll, wird mit dieser Wissensaneignung durch große Teile der Bevölkerung beginnen müssen. Und um welches Wissen handelt es sich vorrangig dabei? Wer erarbeitet hierzu den notwendigen ersten Entwurf als Diskussionsgrundlage?

Die im Weiteren dargestellte alternative Wirtschaftspolitik bleibt der kapitalistischen Produktionsweise verhaftet. Es werden wie bisher mittels undefinierter und relativer Begriffe Forderungen aufgemacht, ohne deren Zusammenhänge und Abhängigkeiten anzusprechen. Das macht sich besonders bemerkbar in den Ausführungen zur „Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen und -verflechtungen.“ Ein Thema das in dieser Form zu kurz kommt und eine gesonderte Abhandlung erfordert. Hier wären dann z. B. die wesentlichen Bedingungen von Regionalkreisläufen aus ökonomischer Sicht zu benennen ( wenn man schon bei einer kapitalistischen Produktionsweise bleibt ) und die generellen Abhängigkeiten solcher Kreisläufe von überregionalen Zulieferern und Abnehmern. Auch den gesetzlichen Voraussetzungen bzw. Bedingungen wäre mehr Beachtung zu schenken.

Bei den Vorschlägen für energiepolitische Alternativen werden zwar einige Zusammenhänge zwischen Energiepolitik und Gesellschaft aufgezeigt, jedoch nicht zu Ende betrachtet. Letztlich wird vom Staat verlangt, über Steuern und mittels Überführung der überregionalen Stromnetze in Gemeineigentum die Monopolstellung der Energieunternehmen zu beschneiden bzw. zu beseitigen, um regenerierbaren Energieträgern bei der Energieversorgung zum Durchbruch zu verhelfen. Damit wird aber die Macht der Monopole auf dem Gebiet der Energieversorgung erheblich unterschätzt. Wer sollte z. B. diese Unternehmen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen daran hindern, sich neue eigene Versorgungsnetze zu installieren? Abgesehen davon, daß Steuern, insbesondere in einem so lebenswichtigen Bereich wie die Energieversorgung, mit Sicherheit immer auf die Endverbraucher, die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Egal wie hoch die steuerliche Belastung ist.

Die marktwirtschaftliche Alternative, die sich als Resultat des gesamten 3. Abschnitts von D. Klein aufdrängt, ohne so deutlich zum Ausdruck zu kommen, könnte darin bestehen, daß die Regierung und somit der Staat selbst das Monopol auf allen lebenswichtigen Gebieten der Versorgung wie Energie, Wasser und Verkehr übernimmt und den Staat nach unternehmerischen Gesichtspunkten führt, d. h., alle notwendigen Mittel staatlicher Verpflichtungen aus dieser Monopolstellung heraus erwirtschaftet. Das müßte dann allerdings nicht nur eine energiepolitische Alternative, sondern zugleich auch eine sozial - ökologische Alternative sein. Diese ist jedoch von keiner Regierung zu erwarten, die zwar von der Mehrheit des Volkes gewählt ist, sich aber der Kapitalverwertung verpflichtet fühlt; zumal eine sozial - ökologische Politik einer maximalen Kapitalverwertung nicht gerecht wird, sondern im Gegenteil, diesbezüglich eine Reihe von Einschränkungen zur Folge haben muß. (vergl. „Ökonomie und Umwelt“, Tarantel Nr. 9) Darüber hinaus erfordert sozial - ökologische Politik auch gesellschaftliche Veränderungen von der Produktion bis zum Konsumenten. Und wie diese in ihrem Zusammenhang und ihrer Abhängigkeit funktionsfähig zu gestalten sind, ist eine weitere noch offene Frage.

Abschließend ist festzustellen, daß von D. Klein im Abschnitt 3. des Buches „Reformalternativen“ eine Reihe wichtiger Schwerpunkte sozial - ökologischen Umbaus vorgestellt wurden, die Ausgangspunkt weiterer Diskussionen hinsichtlich einer tiefergehenden Betrachtung der Probleme wie auch des Findens von Lösungswegen sein müssen.

=====

## **Satzung der Ökologischen Plattform bei der PDS**

1. Die ökologische Plattform (ÖPF) versteht sich als ein Verbund von Mitgliedern und Sympathisierenden der PDS. Sie sieht ihre Aufgabe darin, politisch darauf hinzuwirken, dass

- linke ökologische Politik in der PDS stärker ausgeprägt, formuliert und umgesetzt wird,
- das Verständnis ökologischer Zusammenhänge in der PDS und in der Gesellschaft substantiell vertieft wird und
- alternativ-ökologische Lebensweisen sowie solidarische Umgangsformen gefördert werden.

Die ÖPF will eine kompetente Partnerin für alle sein, die sich in Umweltverbänden, ökologischen Gruppen Bürgerinitiativen und anderswo ökologisch engagieren.

2. Die ÖPF lädt alle als Mitstreitende ein, die an den o.g. Aufgaben arbeiten oder sich für diese Aufgaben interessieren und deshalb dieses spezielle Interesse gegenüber der ÖPF bekundet haben.

3. Jede/r Mitstreitende der ÖPF hat das Recht, an allen Versammlungen und Veranstaltungen der ÖPF einschließlich der Beratungen ihrer gewählten Gremien teilzunehmen. Sie / Er hat das Recht, im Rahmen der Ziele und Grundsätze der ÖPF ihren / seinen Anteil zur Arbeit der ÖPF zu leisten, Vorschläge und Kritiken zur Verbesserung der Arbeit einzubringen.

4. Die Mitstreitenden der ÖPF können regionale und thematisch orientierte Gruppen bilden und in diesem Rahmen in Sinne der ÖPF arbeiten.

5. Beschlußgremium der ÖPF ist die bundesweite Versammlung (Bundestreffen) ihrer Mitstreitenden, die mindestens einmal im Jahr einzuberufen ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefaßt.

6. Das Bundestreffen wählt alle zwei Jahre den Koordinierungsrat der ÖPF, der zur Leitung der Angelegenheiten der ÖPF zwischen den Bundestreffen grundsätzlich vierteljährlich zusammentritt. Landesverbände und größere Arbeitsgruppen können je einen Vertreter aus ihrer Mitte in den Koordinierungsrat wählen.

Der Koordinierungsrat besteht aus mindestens 10 Mitgliedern. Er trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit. Scheidet ein Mitglied aus dem Koordinierungsrat aus, wird auf dem nächsten Bundestreffen oder durch die / den entsendende/n Arbeitsgruppe / Landesverband nachgewählt.

7. Das Bundestreffen wählt den SprecherInnenrat der ÖPF aus den Mitgliedern des Koordinierungsrates. Der SprecherInnenrat hat mindestens 5 Mitglieder. Er vertritt die ÖPF in der PDS und gegenüber der Öffentlichkeit und ist für die Verwendung der finanziellen Mittel der ÖPF verantwortlich. Er bildet gemeinsam mit anderen Aktiven der ÖPF ein Arbeitsgremium. Dieses leistet die operative Arbeit, darunter zur Vorbereitung der Bundestreffen und der Beratungen des Koordinierungsrates und organisiert die Herausgabe des Mitteilungsblattes der ÖPF. Der SprecherInnenrat ist verpflichtet, die Mitstreitenden der ÖPF in jeder Ausgabe des Mitteilungsblattes über seine Arbeit zu informieren.

8. Die ÖPF gibt viermal im Jahr ein politisches und theoretisches Mitteilungsblatt heraus. Die Verantwortung für die Schwerpunkte ihrer inhaltlichen Gestaltung obliegt dem SprecherInnenrat. Jede/r Mitstreitende ist berechtigt, eigene Beiträge einzureichen.

9. Die Satzung tritt mit ihrer Annahme auf dem Bundestreffen am 9./10. September 2000 in Kraft. Für Änderungen der Satzung sind zwei Drittel der Stimmen eines Bundestreffens erforderlich.

### **Impressum:**

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
oekoplattform@web.de  
Ansprechpartner: Axel Kruschat  
0179 / 59 11 69 8  
hubert7@lycos.de

### **Termine**

#### **Castor-Alarm: Ende März!**

Bundesregierung und Energiewirtschaft will einen Castor-Transport aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Gorleben. Transporttermin ist der 27. bis 29. März. Dies wäre der erste Atommülltransport nach dem Castor-Skandal vor drei Jahren.

Auch wenn die Bundesregierung behauptet, dies sei ein "notwendiger" Castor, lassen wir uns nicht beirren. Denn mit dem Transport von hochradioaktivem Müll von La Hague nach Gorleben soll der Weg frei gemacht werden für die weitere massenhafte Verschiebung von strahlenden Abfällen nach Frankreich. Denn solange die Castoren aus La Hague nicht in Gorleben eingetroffen sind, weigert sich die französische Regierung, strahlenden Abfall aus deutschen AKWs anzunehmen. Die Betreiber stehen unter erheblichen Zugzwang. Wenn die Transporte nicht sehr bald wieder aufgenommen werden, müssen Reaktoren vom Netz. Deshalb ist der jetzt geplante Transport als Türöffner für den Weiterbetrieb der AKWs und für die Fortsetzung der schmutzigen Wiederaufarbeitung dringend notwendig. Mit großen gewaltfreien Sitzblockaden wollen wir dieser verantwortungslosen Politik unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Für die beiden Wochen vom 26. März bis 8. April ist ein Transport von La Hague nach Gorleben genehmigt, wahrscheinlicher Transporttermin ist der 27. bis 29. März. Auftakt der "heißen Phase" ist eine Großdemonstration in Lüneburg am 24. März.

#### **Anhörung Die Forschung am menschlichen Genom**

30.3.01 9.00 – 15.00  
Berlin Reichstag Raum 1 S 014  
Anmeldung an PDS Bundestagsfraktion  
Fon: 030/ 227 55 351  
Fax: 030/ 227 5000 7

#### **Nachhaltigkeit – Begriff und gesellschaftliche Handlungsstrategien aus sozialistischer Perspektive**

Workshop 23/24. Februar 2001  
In der Rosa Luxemburg-Stiftung  
Frans Mehring Platz 1 10243 Berlin

#### **3. Klimakonferenz der Jugend**

Workshops und Vorträge  
15-19.03.2001 Heuersdorf bei Leipzig  
BJpK c/o Umweltbehörde, Billstr 84, 20539  
Hamburg, Tel.:040/428 452 225, Email  
wolfgang.thiel2@ub.hamburg.de,  
www.klimakonferenz.de

## **Kontaktadressen**

### **Bundesebene und Berlin**

Ökologische Plattform, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
(zentraler Verteiler) e-Mail: agigs@pds-online.de Tel.  
030/2411127 (Manfred Wolf)  
Die Tarantel ist über die HomePage [www.pds-online.de](http://www.pds-online.de)  
verfügbar.

### **Sachsen**

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen Brandvorwerkstr. 52-  
54, 04275 Leipzig, Tel./Fax@0341/ 3950444  
Sachsen-Anhalt  
AG Umwelt Sachsen-Anhalt, Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-  
Haeckel Str.5, 06122 Halle, Tel.0345/29418-63  
Fax-64

### **Mecklenburg -Vorpommern**

Caterina Muth, PDS-Fraktion, Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel.  
0385/5252513 Fax. 0385/5252547  
Bürgerinitiative Bahnstrecke Dömitz, c/o Rudi Kunze, T.-Körner-  
Str.34, 19294 Herddorf, Tel. 038758/20198

### **Rheinland-Pfalz**

Bruno Kern, Am Kronberger Hof 2, 55116 Mainz, Tel. 06131/  
236461

### **Hessen**

Ökologische Plattform Hessen; Claudia Fittkow, Im Flatisch 3,  
34132 Kassel, Tel. 0561/9402572 Fax 0561/9402573 e-mail:  
Claudia.Fittkow@t-online.de  
Sven Weiberg, Benrathweg 10, 611169 Friedberg, Tel.  
06031/63441

### **Thüringen**

Tillmann Steinrück, Dorfstr.51, 07751 Jenaprießnitz (bei Jena)  
Tel.03641/ 825029 e-mail G.Steinrück@t-online.de  
(Jugendgruppe Ökologie)

### **Brandenburg**

AG Umwelt der PDS Brandenburg; Karli Lück, Bergstr.41,  
15374 Müncheberg, Tel 03343218221 1, e-mail:  
klueck@zalf.de  
Interessengemeinschaft Dritter Weg; Haus der Volkssolidarität,  
Wehrstr., 01 968 Senftenberg, Tel.03573/80234 Fax  
03573/80230  
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11, 16547 Birkenwerder,  
Tel. 03303/ 503660 Fax 03303/503659, e-mail  
P.Lingner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin-Brandenburg/  
Runder Tisch Nachhaltiges Berlin-Brandenburg")  
Erika Schulz ' Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel.  
033051/25709 (Kontakt zur Bi Stoppt Transrapid")  
Marko Ferst, Köpenicker Str.11,15537 Gosen,  
Tel.03362/820571 Fax 03362/ 882988  
(ökologische Zukunftsforschung)

### **Niedersachsen**

Ökologische Plattform Niedersachsen, c/o E. Jänicke,  
Elisenstr.40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911 Fax.  
9245910

### **Berlin**

PDS Fraktion, Jochen Querengässer (Umwelt- und  
Energiepolitischer Sprecher), Niederkirchnerstr.5, 1 01 1 1  
Berlin, Tel.030/23252598 e-mail: jo.quer@t-online.de  
Roland Schnell, Rudolfstr.13, 10245 Berlin, Tel.030/29449803  
Fax 030/ 29449804 e-mail: Biogas-de@aol.com

### **Nordrhein-Westfalen**

Arbeitskreis Umwelt Düsseldorf, PDS, z.H. Uwe Hobrack,  
Oststr.37, 40211 Düsseldorf, Tel.0211/653991 o. 0211/7883453

### **Bundestagsfraktion**

Eva Bulling-Schröter (Umweltpolitische Sprecherin), Deutscher  
Bundestag, PDS-Bundestagsfraktion der PDS, 1 1 01 1 Berlin,  
Tel.030/227-75663 Fax.-76656, e-mail: eva.bulling-  
schröter@bundestag.de

### **Tageszeitung „Neues Deutschland“**

(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin, Tel.030/ 293 90786

### **Rabe Ralf**

Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee  
230, 10405 Berlin, Tel.030/44339147 (Matthias Bauer)